

Stenographischer Bericht über die

Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung Montag den 31. October Nachm. 4 Uhr.

(Fortsetzung.)

X. Die Benützung der Mittel zum Durchbruch der Friedrichstraße nach der alten Promenade. (Referent Stadtr. Friedrich.)

Referent: M. H., Sie haben am 19. September dieses Jahres den Magistratsantrag mit 16 gegen 14 Stimmen abgelehnt, der dahin ging, die Mittel zum Ausbau der Durchbruchstraße zu bewilligen, welche Sie auf dem Plane dargestellt haben, für den Fall, daß die Interessenten und Abzogenen, die die ganze Sache anregt haben, den Grund und Boden zu dieser Straße frei überlassen würden. Der Magistrat hat an das Comité in Folge dieses Beschlusses ein Schreiben gerichtet, in welchem gesagt wird, daß man im Magistratskollegium trotz des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung von der Wichtigkeit der geplanten Straße überzeugt ist, man wolle aber nicht früher an die Versammlung herantreten, als bis von den Abzogenen die Summe zur Erwerbung des Grund und Bodens voll aufgebracht sei. Es ist darauf ein Schreiben gekommen, was die erneute Vorlage des Magistrats motivirt. (Referent verliest darauf das Schreiben des Comité, aus dem unter Anderem hervorgeht, daß nicht 18000 M. sondern 63000 M. von den Abzogenen aufzubringen sind.) M. H., der eine Grund, der am 19. September geltend gemacht war, daß die Kosten, welche die Stadt aufzubringen habe, gegenüber den Opfern der Abzogenen zu hoch sei, dieser eine Grund dürfte doch, was ich vorzutragen mir erlaube, widerlegt sein, namentlich wenn ich anführe, daß man doch nicht das als richtig gelten lassen darf, was in dieser Hinsicht gesprochen wurde, daß man sehr wohl verlangen könne, daß Herr Kühnt noch größere Opfer tragen müßte. Ich betone nochmals, daß Herr Kühnt, nachdem früher einmal das Versehen geschehen ist, heute keine andere als eine moralische Verpflichtung hat, der er durch die Zeichnung einer Summe von mehreren Tausend Mark Ausdruck gegeben hat. Außerdem hat er noch weitere Zeichnungen in Aussicht gestellt. Ich möchte noch anführen, daß Herr Kühnt nicht allein derjenige ist, der dieses Terrain nördlich vom Weidenplan bezieht. Ein Herr Held besitzt hier ein großes Terrain zu Bauzwecken und dieser ist mindestens in derselben Lage wie Herr Kühnt. Herr Kühnt hat außerdem ein freiwilliges Opfer gebracht, indem er die Kartirstraße auf seine Kosten bis zum Garzthof führte und das Terrain des Friedrichplatzes mietztellig abtrat. In der Zukunft werden wir vergleichen begeben müssen. Noch ein anderer Grund bestimmte Sie in der Sitzung vom 19. zur Ablehnung. Man hätte sich vielleicht darüber ausgesprochen, daß ein Bedürfnis nicht vorläge, und darüber möchte ich noch ein Paar Worte sagen. Der Durchbruch, wie er Ihnen abermals vorgeschlagen wird, hat einen dreifachen Zweck. Erstens soll er die Innenstadt mit der nördlichen Außenstadt in ununterbrochener Weise verbinden. Es soll das ganze nördliche Wohngebiet mit der inneren Stadt zugewinnen werden. Neben diesem Gesichtspunkt soll durch diesen Durchbruch das ganze Centrum von kleinen Gassen und Straßen, was in dem Dreieck hier liegt, neu regulirt und aufgeschlüsselt werden. Endlich wird ein Aufschließen des Peritrichhofes beabsichtigt. Ich möchte mir darüber einige Bemerkungen erlauben. M. H., der Verkehr ist, wie Jeder weiß, der nach diesem nördlichen Stadttheile zu gehen hat, von der Poststraße und von der alten Promenade aus jetzt schon ein außerordentlich reger. Derselbe wird natürlich, wenn erst einmal das Obergerg mit neben dem Bibliotheksgelände steht und wenn andere Bauten dort aufgeführt werden, noch viel tollfoller sein, und ich meine, wir sorgen noch mehr für die Zukunft als für die Gegenwart, wenn wir eine solche Straße genehmigen. Ich halte dafür, wir haben für die Zukunft, soweit sie sich übersehen läßt, zu sorgen. M. H., wenn gesagt worden ist, man könnte links herumgehen und spricht dabei von der alten Promenade und dem Weidenplan und der Scharrnasse, oder man könnte rechts herumgehen durch die Sophienstraße, so kann ich mich nicht verlanen, daß diese Wege, die ohnehin auch ihrer Verkehrshindernisse haben, noch mehr belastet werden. Wenn man aber sagt, man hat die Durchgangsweg durch die Gartengasse und Unterberg, da möchte ich an das denken, daß auch bei der Poststraße, ehe sie bestand, bereits Wege zur Linken und Rechten vorhanden waren, sowohl durch den Martinsberg als durch Postgasse und Sandberg. Trotzdem ist es keinem Menschen ein, da zu gehen, wenn er nicht müde, während heute die Poststraße als Verkehrsstraße nicht befreit werden kann. Ganz ähnlich sieht das Ding auch hier aus. Ich führe noch die Straße der alten Promenade als Beispiel an, deren Nothwendigkeit aus zuerst in Zweifel gezogen wurde, bis man sich zuletzt doch zur Anlage eines wesentlichen Verkehrsbüchseis genügt ist. Man hat angeführt, daß der Verkehr sich bequeme Straßen aufsucht, nicht in enge Gassen getrieben werden kann, und wenn Sie wirklich Unterberg und Kapellengasse durch Zurückdrängen der Häuser erweitern, so würden Sie doch niemals eine anständige, eine wirkliche Verkehrsstraße dort schaffen, die einzig in der Ihnen vorgeschlagenen Gestalt noch möglich ist. Ich bide mir ein, daß auch für die Geißstraße und den Darg, namentlich für die erstere, Entschädigung stattfinden. Wenn Sie jetzt am Theater stehen und wollen nach Norden, sind Sie zweifelsfrei, ob Sie zur Linken oder zur Rechten gehen sollen. Nun ist die Geißstraße an einigen Stellen auch eng und un bequem. Ich bin der Meinung, wir schaffen durch diesen geplanten Durchbruchweg eine sehr notwendige und den Verkehr aufnehmende Parallelstraße.

Ich komme nun auf den zweiten Punkt, der mir wesentlich erscheint, die Aufschließung und Regulirung dieses alten Viertels. Auch bei Tage geht man diese Wege nur mit Grauen hinein. Es ist meiner Ansicht nach unumgänglich notwendig, daß heute oder später an eine Regulirung gegangen wird. Wenn Sie aber in einer anderen als der vorgeschlagenen Weise diese traurige und ich möchte fast sagen verwilderte Gegend reguliren wollten, würden Sie ungleich höhere Kosten haben. Von der alten Promenade bis zur Gartengasse stehen auf der einen Seite des Unterberges nicht weniger als 7 Hausgrundstücke. Das Zurückdrängen der Häuser könnte nur ein ganz allmähliches und langames sein. Aber die Kosten stehen auch in keinem Verhältnis zu dem, was beansprucht wird. Was den Peritrichhof anlangt, so möchte ich es einem berufenerem Munde überlassen, auszuführen, was dort Angenehmes und Schönes geschaffen werden kann durch diese neue Durchgangstraße. Ich bide mir ein, hier kann ein Grenzpunkt unserer Promaden geschaffen werden, nur dürfte er sich nicht in einem verstickten Winkel befinden. Der Strom des täglichen Verkehrs muß an einer solchen Anlage vorbeigehen, wenn sie ein Gemeinut Aller werden soll. So sehr ich dem früheren Projekte für Aufschließung und Regulirung dieses Terrains zugestimmt habe, so sehr habe ich mich auch überzeugt, daß etwas wirklich Schönes und Durchreisendes nur auf diesem Wege erreicht wird. Es schließt das nicht aus, wenn wir wollen, Freitreppen zu legen zwischen dem Theater und dem Wulken'schen Hause. Ich halte für nothwendig, daß der Strom des Verkehrs vorbeigeht, wenn ich nicht ein verstickter Winkel mit allen Uebelständen, die sich daran knüpfen, dort aus Neue etabliert soll. Wenn in Betracht gezogen wird, daß jede andere Regulirung auch Kosten verursacht und zwar viel größere, als diese bezeichnen, sollte Niemand zweifelhaft sein, jetzt, wo es noch Zeit ist, wo ein Neubau noch nicht angeführt ist, ja zu sagen. Ich bin überzeugt, wenn die Straße durchgeführt wird, wird sich jeder Widerstrebende eben so darüber freuen, wie über die Durchführung anderer Verkehrswege, wie z. B. des Projectes der Poststraße, das viel prärogativer Kosten verursacht, wie man sich vielleicht freut über die Verlängerung des Zägelplatzes nach den Weiden.

Alle diese Sachen haben schwere Kämpfe gelöst, die älteren Mitglieder der Versammlung wissen das viel besser als ich. Ich bin überzeugt, daß, wenn jetzt Herr Schaaß zuzieht, — und man kann ihm das längere Warten nicht zumuten, weil er schon lange Zeit die Zinsen verloren hat, — wird man in wenigen Jahren schon immer wieder auf das Projekt zurückkommen. Verschiedene Stimmen aus der werthen Versammlung haben diese Meinung selbst geäußert. Wir werden dann vor einem ähnlichen Fall stehen, wie in Halle beispielsweise in der Leipzigerstraße. wo man immer tiefer in den Gelände sinken muß. Wenn die Straße bemängelt ist hinsichtlich ihrer Steigungsverhältnisse, so muß ich sagen, eine Lückstraße, eine Avenue, die geradlinig in großen Proportionen nach Norden führt, soll es allerdings nicht werden. Wir haben geglaubt, in der Baukommission bescheidenen Vorschlägen zu folgen, und deshalb kommt dieses Projekt in dieser Form an Sie. Was im letzten die technischen Fragen anlangt, so hat der Herr Stadtbaurath schon das vorige Mal erklärt, daß er für jede Zeit im Plan und im Kostenantrag einsehe. Ich glaube nicht, daß irgend welche Zweifel in technischer Beziehung aufkommen können. Ich bitte den Antrag des Magistrats anzunehmen. Er hat den Wortlaut: Wenn die Interessenten für den Durchbruch der Friedrichstraße nach der alten Promenade (in der durch den überreicheren Plan dargestellten Weise) den zur Anlage der Straße nöthigen Grund und Boden mietztellig überweisen, so wird die Stadtverordnetenversammlung die Mittel zum Ausbau dieser Straße bewilligen.

Stadt. Gräv. M. H., ich habe versprochen, für dieses Projekt mit einzutreten. Der allgemeine Gesichtspunkt, den ich für solche Sachen habe, ist der, daß ich immer der Meinung bin, daß man eine oder mehrere große Verbindungslinien haben muß, wenn neue Stadttheile entstehen. Es liegt der Vorteil nicht allein auf den neu entstandenen Stadtteilen, sondern der Vortheil ist ein gegenseitiger, der Vortheil ist auch für die innere Stadt. Der Verkehr nach der inneren Stadt wächst dadurch, und das Fehlen einer Verbindungsstraße würde sich sehr fühlbar machen. In nicht zu langer Zeit werden noch andere Vorlagen nach dieser Richtung an Sie gelangen, die ganz dasselbe erreichen wollen. Wie schwierig hier eine Linie zu finden war, welche alle Herren befristigte, könnte ich Ihnen aus den verschiedenen Verhandlungen der Baukommission mittheilen. Man hat in anderer Weise versucht, nach der Promenade zu kommen. Aber immer stellten sich entweder bedeutende Terrainschwierigkeiten in den Weg, oder man stieß auf Gebäude, die durch Ankauf das Projekt um vieles theurer machen würden. Diese etwas frumme Linie hat versucht, noch ziemlich gut bestehende Gebäude zu umgehen, um den Ankauf nicht theurer zu machen. Außerdem mußte das dort sehr ungleiche Terrain so benutzt werden, daß ein Ausgleich der Straßenniveaus nicht zu große Kosten verursachte. Es ist bekannt, daß der Unterberg eine merkwürdige Höhenlage hat. Er ist in der Mitte tiefer, das heißt, wenn eine so bedeutende Straße in der Mitte etwa durchgeführt werden sollte, alle die Häuser halb und halb verstickt werden müßten. Es mußte versucht werden, nach dem oberen Ende des Unterberges die Straße zu verschleppen, damit die Höhenverhältnisse allmählich zu bewältigen waren und für die Steigungsverhältnisse nichts vorkommen konnte. Die Interpellanten geben von dem ganz richtigen Gesichtspunkte aus, daß keine Zeit zu verlieren sei, weil der Besitzer der Hausgrundstücke am Weidenplan nicht der Hauptinteressent ist. Er hat sich nur auf Zureden der anderen Herren dahin bringen lassen, daß er noch nicht vorgegriffen ist mit dem Bau, er kann nicht länger warten,

und es muß eine Entscheidung getroffen werden. Der Herr Referent hat gesagt, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollten, wenn eine greifbare Summe von den Abzogenen aufgebracht wäre. Man hat gesagt, die dahinter liegenden Grundstücke hätten stärker herangezogen werden müssen. M. H., das hat seine Schwierigkeiten. Wie weit soll man die Interessenten nehmen, Herrn Kühnt's Grundstück ist nicht unmittelbar anliegend. Der Held'sche Garten ist der Straße näher. Man könnte sagen, daß noch viele andere Grundstücke ebenfalls herangezogen werden müßten, und so ließe sich der Gedanke bis in die Unendlichkeit treiben. Ich glaube, daß es richtiger ist, daß die Stadt bis zu einem gewissen Grade mit in Anspruch genommen wird. Ich würde dafür sein, daß der Antrag von der geehrten Versammlung angenommen wird.

Stadt. Fiebiger: Ich möchte auch bitten der Vorlage des Magistrats beizustimmen. Die Gedanken, die ich bisher gehabt habe, namentlich die außerordentlich schwierige Ueberwindung der beträchtlich steilen Höhen ist nach diesem Plane auf das Glücklichste gelöst durch das weitere Ausgreifen der Serpentine nach dem Höhenpunkt. Es ist ferner die Zuficherung der Abzogenen und Interessenten, hier das Terrain freizulegen durch Ankauf der Häuser, außerordentlich günstig. Ferner die tolenlose Gewährung des Terrains durch das Schaaß'sche Grundstück, das alles deutet darauf hin, daß der Zeitpunkt gekommen ist, hier vorzugehen. Eine so günstige Gelegenheit dürfte sich wohl schwerlich wieder bieten. Das ist gar nicht zu verkennen, daß ein Bedürfnis vorliegt, den nördlichen Stadttheil besser zu verbinden. Ich möchte Sie dringend bitten, der Vorlage des Magistrats zuzustimmen.

Stadt. Sörli: Ich habe das vorige Mal gegen die Vorlage gestimmt und bin bis heute Mittag noch nicht recht schlüssig gewesen. Endlich habe ich mir gesagt, du tanst dich heute Nachmittag nicht vernünftig verhalten. Ich heiße das gut, was der Herr Referent gesagt hat in Bezug auf die Bibliothek und das Obergergamt, aber im Großen und Ganzen muß ich sagen, daß die Abzogenen kein so übermäßiges Interesse heute haben. Ich fühle das Interesse nach einer anderen Richtung, und das veranlaßt mich heute zuzustimmen. Ich wohne in der Gegend und beobachte den Verkehr in der Friedrichstraße und der Geißstraße tagtäglich. Ich habe nun bemerkt, daß die Friedrichstraße vielfach benutzt wird. Unser hochgeachteter Herr Kollege Weidke fährt täglich nicht durch die Geißstraße, sondern durch die Friedrichstraße, ebenso viele andere Personen. Ich habe mir gesagt, wie kommt das. Sie fahren hier entschieden um, es wird weniger geboten. Die Häuser sind monoton, es sind keine Läden da. Da habe ich mir sagen müssen, der Verkehr in der Geißstraße läßt es schon heute nicht mehr zu, im Trabe zu passieren, schon jetzt jucken die Droschkentreiber, für welche auch die Zeit Geld ist, die Straße zu vermeiden. Wenn wir nun ein Paar Jahre weiter vorgeht sind, wenn die Kaserne dort steht, wenn der giebichenheiner Wohnungsplan dort aufgeschlüsselt ist, wenn die Pferdebesitzer durch die Geißstraße geht, dann wird die Geißstraße den Verkehr nicht mehr aufnehmen können. Wollten Sie die Geißstraße verbreitern, so müßten Sie einen ganzen Theil Grundstücke ankaufen, die eine so geringe Tiefe haben, so z. B. da, wo die Harzgaße einmündet, deren Restgrundstücke sich kaum verwerten lassen. Dieser Gesichtspunkt veranlaßt mich besonders für die Vorlage zu stimmen. Außerdem sage ich, wenn Jemand Grund und Boden hergibt, so ist das in der That ein außerordentliches Geschenk. Die 28 500 M., welche die Straße kostet, hätten sich verteilen lassen auf mehrere Etajahre, man hätte in den Rahmen eines jeden Etats eine Summe einstellen können, und wir hätten die Ausgabe nicht gefühlt. Das wird aber sehr wohl geschehen, wenn Sie die Straße nicht bewilligen und Sie Opfer bringen müssen. Die Zustände, wie sie dort existiren auf dem Unterberge und der Gartengasse, können nicht so fortbauern. Wir werden reguliren und pflastern und Geln. Das kostet auch Geld, und wenn Sie diese Straße genehmigen, werden Sie die Ausgabe zur Regulirung des Unterberges und der Gartengasse ersparen. Diese Kosten sind durchaus nicht unbedeutend. Was den Peritrichhof anlangt, habe ich selbst früher den Wunsch geäußert, daß mit der Regulirung desselben vorgegangen werden möchte. Aber wenn das geschehen soll, müssen große Opfer gebracht werden. Die projectirte Straße wird einen Theil des Peritrichhofes aufschließen, und wir können schließlich mit der Regulirung nach der Promenade warten, bis der Zeitpunkt geeignet ist. Wenn nun die Beiträge, die offerirt sind, noch nicht größer sind, so liegt das daran, daß Sie hier sehr wenig Häuser haben. Auf der einen Seite abjagirt die Universität, auf der anderen Seite das Obergergamt. Außerdem wollen nun aber die Abzogenen noch außerordentliche Opfer bringen. Ich will wünschen, daß die Summen aufgebracht werden. Wenn nun das aber geschieht, dürfen wir keinen Moment zaudern. Herr Schaaß macht wirklich Ernst und die Häuser niedergreifen. Ich bitte Sie, der Vorlage zuzustimmen. (Schluß folgt.)

Universitäts-Nachrichten.

Berlin, 8. November. Die Uebertragung der Loze'schen Professur an der Friedrich-Wilhelms-Universität steht, wie die 'Magd. Zg.' hört, auf Schwierigkeiten, da von den namhaftesten Dozenten der Philosophie Viele vorziehen in ihren jetzigen Stellen zu bleiben und von den jüngeren Philosophen die meisten noch nicht namhaft genug sind, um ihre Hierarchiebewahrung als wünschenswerth erscheinen zu lassen. Es wiederholt sich in verstärktem Maße die Erscheinung, welche für die philosophischen Fakultät auftrat, als Prof. Jarns gestorben war, für dessen Lehrstuhl Loze genommen wurde. Die philosophischen Fakultäten befinden sich in der Umfassung nach berühmten Dozenten genau in derselben Lage, wie die theologischen Fakultäten, wenn sie nach selbstständigen Dogmatikern sich



umzusehen haben. Die Philosophen und Dogmatiker werden immer rarer. Wenn es Rud. Hayn in Halle gefiele, hierher zu kommen, so wäre das für Berlin ein großer Gewinn; er liebt mit Kuno Fischer, der von Heidelberg nicht fort will, unter den guten Dozenten der Philosophie ganz unstreitig einer der besten. Bis zu Stern muß die Berufungsfache erledigt werden.

Halle, 9. November.

Gestern fand wiederum eine Sitzung der Schlächterhaus-Kommission statt und wurden namentlich die Fragen, wegen Entschädigung der Schlächter, welche Privat-Schlächtereien besitzen und ob der Bau und die Verwaltung des Schlächterhofes Seitens des Schlächtergewerkes oder Seitens der Stadt zu übernehmen seien, beraten. Die amnestierten Vertreter der Innung machten die Mitteilung, daß sie nichts dagegen hätten, wenn die Stadt Bau und Verwaltung übernehme, auch bereits fast sämtliche Schlächter auf eine Entschädigung für ihre außer Benutzung kommenden Privat-Schlächtereien unter den Bedingungen zu verzichten bereit wären, daß 1) der städt. Hofschlag als Bauplatz gewählt werde, 2) das Schlächtergericht, sowohl bei der Ausführung des definitiven Entwurfs zugezogen, als auch bei der Zusammenziehung des Kuratoriums für die Verwaltung des Hofes beauftragt werde, 3) daß bei Verlegung solcher Ställe kein Betrieb, die durch Angehörige der Schlächterinnung ausgeführt werden könnten, diese in erster Linie Berücksichtigung fänden. Die Kommission stimmte diese gestellten Wünsche zu. Dann wurde beschlossen, und zwar wiederum einstimmig, der Stadterordneten-Versammlung zu empfehlen, 1) das vorliegende generelle Projekt zur Errichtung eines Schlächterhofes am städt. Hofschlag als Unterlage für ein aufzuklärendes definitives Bauprojekt zu zu prüfen, 2) von dem hingehörigen Referentenrat, welcher sich auf ca. 700000 M. beläuft, vorläufig zumittende Kenntnis zu nehmen, 3) sich für Bau und Verwaltung des Schlächterhofes Seitens der Stadt zu erklären.

Schwarzericht. Sitzung vom 8. November.

Verichtshof: Vorsitzender: wie bisher, Beisitzer von Wilow, Landgerichtsrat, Hellweg, Landrichter. Gerichtsreiber: Dupuis, Referendar. Staatsanwaltschaft: Woswinkel, Staatsanwalt. — Verteidiger: Stollte, Referendar für Lehmann; Perzfeld, Justizrath für Schröder.

Als Geschworene wurden aus: Josef: Straube, Gutbesitzer in Hohenfurtm. Thiemann, Gaarrentfabrikant in Delitzsch. Hof, Rentier in Delitzsch. Boje, Gutbesitzer in Nitrau. Pabst, Apotheker in Halle. Sannepierre, Gutbesitzer in Seulettau. Nett, Amtsverwalter in Retzelsdorf. Elze, Premier-Lieutenant a. D. in Salzmünde. Barth, Rentier in Helsta. Sauff, Rittergutsbesitzer in Reitzsch. Haase, Kaufmann in Gersteb. Wämmer, Rentier in Halle.

Zunächst kam die Untersuchungssache wider den Handwerksmeister und Gutbesitzer Gottlieb Lehmann aus Schöna zur Verhandlung. Derselbe war wegen Verbrechen gegen die Ehrlichkeit angeklagt. Die Defensivklage bei der Verhandlung selbst war ausgeschlossen. Bei Annahme mildernder Umstände wurde er zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Lehrer Karl Wilhelm Schröder aus Jwochau, im Oktober 1853 geboren, evangelisch, nicht Soldat, bisher unbeschäftigt, war des Meineids beschuldigt. Wegen der Schulpflichter Ebel und Barbier Kiesele in Jwochau war vor dem Schöffengericht in Delitzsch das Hauptverfahren eröffnet, weil dieselben den Gutbesitzer Fiedler in Jwochau durch Anfertigung und Verbreitung eines Spottgedichtes folgenden Inhalts: „Heinrich ist mit Kiesele gut, hübscheit, hübscheit — Ob er gleich sehr heilig thut, hübscheit, hübscheit — Unter seinem breiten Hut — Sieht ein großer Weisheitskind, hübscheit, hübscheit“ u. s. w. — beleidigt haben wollten. Mit Heinrich ist Fiedler, mit Kiesele eine von denselben wegen der Folge des Verhältnisses von demselben entlassene Dienstmagd gemeint. Es wurde nun in der Verhandlung vom 3. Februar d. J. festgehalten, daß Ebel das Gedicht geschrieben und mittels Post Kiesele überhändigt und dieser durch Vorlesung an verschiedenen Orten das Gedicht verbreitet hatte. Es war nicht festzustellen, daß das Gedicht auf Privatkläger Fiedler sich habe beziehen sollen. In Bezug hierauf war von Fiedler Schröder's Zeugnis darüber herangezogen, daß Kiesele auch ihm gesagt, das Gedicht bezöge sich auf Fiedler. Schröder betonte nach vorheriger Ablehnung des Zeugnisses, daß Kiesele ihm das Gedicht beim Raufen zwar gezeigt, aber nichts über dessen Bedeutung geäußert, daß er das Gedicht gelesen, über dessen Bedeutung und die gemeinte Person sich weder Gedanken gemacht noch mit Kiesele ein Wort darüber gesprochen habe. Etwa acht Tage nach Empfang der Dichtung seitens Kiesele erzählte nun aber Schröder dem Gutbesitzer Fiedler, daß es empörend sei, was über ihn — Fiedler — gesprochen würde, dem Großmutter Kiesele müsse das Manuskript werden; derselbe habe ihm gelegentlich des Raufens das Spottgedicht gegeben und auf seine Frage geantwortet, daß sich dasselbe auf Fiedler beziehe. Auf Verhaltung habe ihm jener auch mitgeteilt, daß Mädchen habe Fiedler als ihren Verführer bezeichnet. Später hat Fiedler in Gegenwart seiner Ehefrau Schröder selbst eröffnet, daß er ihn als Zeugen beneiden werde; Schröder bat, dies nicht zu thun, weil er, wenn er sich mit Kiesele übermisse, keinen Barbier habe. Die Aeußerung, daß das Gedicht sich auf Fiedler beziehe, wiederholte er dabet. Vor der Behörde hat Schröder später auch zugeben müssen, daß ihm das Gedicht vorgezeigt sei, etwa acht Tage nach dessen Vorlesung habe ihm Kiesele mitgeteilt, daß es sich auf Fiedler beziehe. Auf gerichtlichen Vorhalt seiner Widersprüche erklärte Schröder trotz seines Geständnisses, bei seiner Vernehmung gewünscht zu haben, daß sich das Spottgedicht auf Fiedler bezöge, er will sich aber nicht verpflichtet gehalten haben, dies anzugeben, weil er vom Richter darauf nicht befragt sei, was ihm Kiesele bei der ersten Vorlesung des Gedichtes über dessen Beziehung gesagt und gebadet habe. Der Vorsitzende des Schöffengerichts und

die beiden in Funktion getretenen Schöffen stimmten indes darüber überein, daß dem Schröder mitgeteilt worden, daß es sich um Feststellung darüber handle, wer mit dem Worte „Heinrich“ gemeint sei, daß ihm sogar mit Bezug auf seine Stellung als Lehrer ernsthafte Vorhaltungen gemacht und er aufgefordert sei, mit der Wahrheit ja nicht hinterm Berge zu halten. Das fortgesetzte Leugnen soll auf das Gericht gegen einen persönlichen Einbruch gemacht und den Vorliegenden veranlaßt haben, den Vorlaut der Zeugnisaussage in die Erkenntnisgründe aufzunehmen. Die Gemeindefassung der heutigen Verhandlung schloß sich der vorstehenden Darstellung an, so daß der Staatsanwalt auf Schuldig nach dem Antrage der Anklage plaidierte. Die Geschworenen entschieden sich zum Ausspruch auf Schuldig des fahrlässigen Meineids. Seitens des Staatsanwalts wurde Verhaftung mit 1 Jahr Gefängnis in Antrag gebracht. Der Gerichtshof erkannte auf sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von 6 Wochen der erlittenen Untersuchungshaft.

Sächsische Provinzialsynode.

Mereburg, 7. November. (Sechste Sitzung.) Der 1. Punkt der Tagesordnung betrifft die Aufstellung des Etats. Es wird, wie wir der „Magd. Ztg.“ entnehmen, der 3. Kommissionsbericht vom Grafen Warenstelen. Für die Etatsperiode vom 1. April 1882 bis 31. März, 1885 balanciert der Etat mit 352000 M. Unter den Einnahmen befinden sich 7000 M. Ueberflüsse aus den Vorjahren. Synodale Beiträge aus den Kreisynodalstellen auf sie genannten 3 Jahre 36720 M. Beiträge aus denselben Klassen zum landesfürstlichen Pensionssyndikat 30700 M. Die Ausgaben betreffen Diäten der Provinzialsynodalen, Kosten für Druck, Schreibmaterialien u., Secretariats-Geschäfte des Synodalvorstandes, Präsen und Reisekosten für die Mitglieder des Provinzialsynodalvorstandes, Diäten und Reisekosten für die Abgeordneten der Provinzialsynode bezügl. Teilnahme an den theologischen Prüfungen, Kosten der Generalynode für 1884, Posten für Pensionssyndikat, Remuneration für Verwaltung der Kasse dem Rentanten der Konfirmandenliste, endlich unvorhergesehene Ausgaben. Es wurden die Positionen angenommen. Die Dechargierung der Provinzialsynodalrechnungen wurde genehmigt.

Antrag der 6. Kommission, betreffend den obligatorischen Besuch der kirchlichen Katechisation. Die Kommission beantragt: Provinzialsynode wolle in Erwägung, daß die beantragten kirchendisziplinaren Maßregeln zur Erreichung des Zweckes weder aus praktischen, noch aus prinzipiellen Gründen anwendbar sind und in der Erwartung, daß die Gemeindeführer in Unterzügung der Geistlichen mit allen Kräften bemüht sein werden, die freiwillige Teilnahme der konfirmirten Jugend, sei es an dem vorgezeichneten kirchlichen Katechisationen, sei es an andern geeigneten Veranstaltungen zu je hochwürdiger religiöser Pflichten derselben zu fördern, über den Antrag der Kreisynode Anderes zur Tagesordnung übergehen. Synodale Kiesele wird die allgemeine kirchliche Ordnung wiederherstellen unter Anwendung kirchendisziplinärer Maßregeln. Auf bloße Freiwilligkeit sei bei der konfirmirten Jugend nicht immer zu rechnen. Er berichtet über die Praxis in Baden für Stadt und Land und empfiehlt dieselbe. Dort müssen die Eltern und Töchter kirchenordnungs-mäßig drei Jahre zur Katechisation kommen und der Pfarrer wieder allerlei Mittel gegen Säumnisse an, z. B. Citiren vor den Gemeindeführern, Namentnennung von der Kanzel nach dem Gottesdienst u. dergl. Künftiglich wird dadurch viel für die kirchliche Ordnung erreicht. Mancher halte die Jugend vier Jahre und brauche nur wenige disziplinäre Mittel anzuwenden. Der Geistliche könne im Verein mit dem Gemeindeführer viel ausrichten. Nach Schluß der Diskussion wird der Antrag der Kommission angenommen.

Antrag der 2. Kommission, betreffend die Anträge mehrerer Kreisynoden wegen der Landbriefbestellung an Sonntagen. Die Kommission beantragt einstimmig: „Hochwürdige Provinzialsynode wolle — in dem Bestreben, unserem Volke die Sonntagsruhe und -heiligung zu erhalten und wiederzugewinnen, insbesondere aber neuen Störungen derselben entgegenzutreten, sowie in Anlehnung an die früheren Beschlüsse der sächsischen Provinzialsynode und der Generalynode — die Petitionen (beim Antrage oder Requisitionen) der 11 Kreisynoden Merzdorf, Kreisberg, Merzdorf, Aperturba-Weidenberg, Stolberg, Kossau, Volkmirsdorf, Stendal, Sangerhausen, Torgau und Heddrungen, betreffend Wiederbestellung der neuerdings eingetragenen Landbriefbestellung auch an Sonn- und Feiertagen dem hochwürdigen evangelischen Ober-Bischof überreichen mit der Bitte, an geeigneter Stelle seinen Einfluß geltend zu machen, damit die regelmäßige Bestellung von Posthöfen auch an Sonn- und Feiertagen wieder eingeführt werde.“ Nach Schluß der Diskussion wird abgestimmt und das obige Beispiel der Postbeamten durch Briefträger anerkannt, nur im Bedrängnis wird die Antragung gewünscht und das Ausstragen während des Gottesdienstes bestritten. Alles dies soll dem Oberkirchenrat zur Vorstellung beim Reichspostmeister vorgebracht werden.

Antrag der Synodalen Trinius und Genossen, das Konfirmandenwollen dem nächsten Kreisynoden die Frage nach Bildung kirchlicher Gesangsvereine vorlegen. Der Antrag wird ohne Diskussion angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Sächsische Landes-Lotterie.

Gezogen in Leipzig den 7. November. (Vierter Gewähl.)

15000 M. Nr. 47191 64308.
5000 M. Nr. 89706.

3000 M. Nr. 4899 5182 5350 6981 8081 10545
13096 14275 16780 17723 21120 21648 22416 22975
25954 26806 31028 31485 32989 33529 42852 44182
44628 45049 45720 46852 47475 54118 56058 56869
58621 59839 60186 63044 66353 66701 72667 73651
75183 78975 79595 81718 81855 83205 80720 89689
94129 95248 97074.

1000 M. Nr. 1798 2552 2743 4037 4830 6689
6809 7904 13916 14599 17238 17720 20336 20539
22446 22635 25456 26562 26845 30000 30634 41912
44070 46344 47579 47885 50420 55908 57168 57713
62184 65075 71527 71851 73462 77475 84578 88317
89917 91370 92564 95595.

500 M. Nr. 1238 2102 6944 10831 14117
16455 19392 22719 29438 30872 31304 32511 34258
34980 36971 40839 41859 45263 49179 49992 50720
51268 51921 51951 53090 53252 53542 55078 55280
57627 57651 59468 60852 62801 63384 65038 65184
73444 73954 78225 81708 82023 83384 83989 86287
86984 88919 89839 92334 94255 97252 98159 99384.

400 M. Nr. 1204 3209 5985 6415 6795 6984
7164 7508 13143 13910 14539 17048 17491 17815
21532 23473 23888 24743 26766 29592 30225 32382
33089 36614 37485 38142 38783 39048 39342 39853
40318 41567 41969 48220 48398 48646 49066 49328
52358 53512 53706 53961 59438 59684 60490 62966
64051 66132 66907 72095 72929 72819 73701 74379
75088 75730 76719 81424 83250 83402 86284 87600
88260 89170 89183 90158 90270 93839 93929 95164
95893 96337 98996 99102 99317.

300 M. Nr. 837 1142 2638 3092 3147 5641
5723 5791 6147 6448 8222 8843 9326 12024 12095
12112 12273 13437 14016 14194 14405 14860 16007
16572 17323 18245 19772 21460 22384 22506 23011
23355 25470 25633 25862 27039 28553 28614 30319
31381 32604 33793 34741 35074 35456 35487 35568
36702 36974 37304 39322 40263 40620 41847 42075
42406 42970 43353 46558 49385 49675 50789 51617
52853 53235 53664 54568 57053 57823 59150 59846
60915 61938 63241 63782 65026 66452 66688 67989
68759 69974 71455 73008 75601 78425 78641 80333
81268 81352 82633 82667 83927 84218 84399 86745
87769 88378 88880 89153 89588 89711 90530 91232
91645 92969 93494 94284 95334 95393 95448 96500
96683 96993 97407 97603 98135 98485 98651 99185
99229 99933.

Ziehung vom 8. November.

100000 M. Nr. 47177.
5000 M. Nr. 88730 99462.
3000 M. Nr. 7125 9036 13596 14243 18808
19347 20599 20618 26350 31176 32685 33130 37805
38029 39269 44151 48975 50462 52634 57584 58818
64229 64361 64588 72995 73670 76389 80062 80533
80578 83524 83975 88655 88804 90011 90923 92876
92925 93974 96489.

1000 M. Nr. 4085 4385 5001 5506 11014
11949 12563 13139 13688 15525 25336 25643 26435
28868 29638 31953 32601 34850 36972 38426 40120
45697 51254 51891 53135 55911 57803 58522 58658
59254 59968 63465 67420 68733 68862 77701 77849
78155 81367 81467 83991 84197 84486 84857 85228
86179 87752 92881 94396 96715.

500 M. Nr. 3899 7503 8269 8820 9176 9196
9584 11074 12033 12948 22496 29289 31437 34661
37491 42530 42991 43961 44398 45815 47200 49477
51390 53311 54091 54633 56847 59170 62065 63377
66826 71702 75556 75898 77867 78071 78879 79890
84580 86783 87560 89143 89733 90690 96716 98417.

400 M. Nr. 4476 6551 7374 7490 9198 9676
9894 10103 15612 15995 18032 23635 24080 24958
25034 25486 26472 26630 27550 29347 29793 32526
33569 34064 34666 40458 41782 42732 49517 50157
51200 51424 54664 55722 56873 58262 60321 61353
62428 63386 63765 64772 66391 69159 70372 78897
79878 81265 86028 86290 91266 94025 94655 96281
97839 97875 98020.

300 M. Nr. 867 4082 4477 4967 5025 6098
6125 8448 8562 9063 10222 10593 11623 11857
12092 15873 16339 16657 17171 17796 17861 18960
19987 20048 20525 22777 24043 24066 24161 24176
25731 25784 25892 26157 27390 28522 29709 31610
31616 31904 32988 35072 35592 38654 41164 43581
44927 44867 45257 46639 47376 47943 48161 48237
48344 49112 49619 50996 52073 52746 53578 54770
56166 56374 57007 58896 59411 60871 60903 61403
63026 63406 63900 64952 65165 65384 65950 66243
66329 66958 67965 68284 68475 68764 69005 69247
70210 70385 70478 71722 71736 71899 73137 73272
73816 75449 76846 77331 77787 78491 79122 81400
82915 82415 83320 83432 84397 85108 86026 87366
87382 87544 88282 88742 88996 89678 90240 90105
94651 94804 95439 96215 26352 98308 98432 98966
99940.

Wetter-Bericht.

Datum	Baro- meter.	Ther- mo- meter.	Feuchtigkeit der Luft		Wind.
			Ther- mo- meter.	Relati- ve in %.	
8. Nov. 2 Pm.	388,2	+5,2	+2,9	2,59	81,7
10 M.	389,5	+4,1	+3,0	2,60	90,3
9. Nov. 8 Pm.	389,4	+2,9	+2,1	2,40	90,4

Wetter: 8. Nov. 2 Uhr Nachm. bewölkt, 10 Uhr Abds. bewölkt, 9. November 8 Uhr Morg. ziemlich klar.

Wasserstand der Saale (am neuen Unterhaupt der königl. Schiffschleuse bei Trotha) am 8. November Abends 2,30, am 9. November Morgens 2,28 Meter.

Verantwortlicher Redacteur: Paul Woth in Halle.

Bekanntmachung.

Alle diejenigen, welche trotz unserer unter dem 13. October cr. ergangenen, wiederholt veröffentlichten Erinnerung mit Zahlung der für das laufende Jahr längst fälligen **Kammergebühren als Erbzinjen, Dergelb, Erbpächte, Ganoen- und Kalandszinjen** noch immer im Rückstande sich befinden, haben **sofortpflichtige** Mahnung und Einziehung dieser Gebühre bestimmt zu gewärtigen, wenn sie dieselben nicht innerhalb der nächsten acht Tage an unsere Kammerkasse aufbringen.

Gleichzeitig empfehlen wir allen Pächtern nochmals angelegentlich die **Ablösung dieser Gebühre** mit dem Bemerkten, daß unsere Kammerkasse über die Höhe der zu zahlenden Ablösungsbeträge auf Verlangen Auskunft geben wird.
Halle a/S., den 2. November 1881. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Nachdem gegen die von und im Einverständnisse mit der Stadtverordneten-Versammlung unter Zustimmung der Polizei-Verwaltung festgesetzten Baufluchtlinien für den zwischen der Sophienstraße und Wackerstraße belegenen Theil der **Wilhelmstraße** Seitens der beizuliegenden, vordrucksmäßig benachrichtigten Grundeigentümer Einwendungen nicht erhoben worden sind, werden die betreffenden Baufluchtlinien hierdurch für endgültig festgestellt erklärt.

Indem wir dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen, bemerken wir gleichzeitig, daß der betreffende Situationsplan während der nächsten vier Wochen in dem Polizei-Sekretariat II, Zimmer Nr. 16, zu Jedermanns Einsicht ausliegt.
Halle a/S., am 5. November 1881. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Nachdem von den städtischen Behörden die Erbauung eines öffentlichen Kanals in der **Kurzgaßstraße** beschlossen worden ist, werden hiermit auf Grund des § 1 sub II der Polizei-Verordnung vom 14. Juli 1879 und im Einverständnisse mit dem Magistrat der Besitzer der sämtlichen an dieser Straßenseite belegenen bebauten Grundstücke aufgefordert, innerhalb einer **Zeit von vier Wochen** den Antrag auf Ertheilung der Baue Erlaubniß zur Herstellung der zur Entwässerung ihrer Grundstücke erforderlichen Anschlußkanäle bei der unterzeichneten Polizei-Verwaltung zu stellen.

Gleichzeitig wird hierbei bemerkt, daß nach den §§ 2 und 6 der gedachten Verordnung der Antrag auf Kanal-Anschluß nur dann **Gültigkeit** hat, wenn demselben außer den erforderlichen Zeichnungen der Nachweis beigelegt ist, daß sich der Antragsteller mit dem Magistrat hinsichtlich der Anschließungsgebühren geeinigt haben, sowie daß bei Nichterfüllung der vorstehenden oder sonst in der Verordnung genannten Verpflichtungen gegen die sämtlichen Grundstücksbesitzer — abgesehen von der Bestrafung — im Wege der polizeilichen Execution vorgegangen werden muß.
Halle a/S., den 7. November 1881. Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

In der Nacht vom 5. zum 6. d. Mts. ist nach Einbrüchen einer Fenster Scheibe aus dem Restaurationslocal **Lebenauerstraße Nr. 3** ein **Regulator** gestohlen worden. Derselbe hatte am Gehäuse dunkles Holz, nur ein Gewicht und war die eine Seitenfläche gesprungen. Der Werth beläuft sich auf circa **36 Mark**.

Wer über den Verbleib desselben Mittheilungen, die zur Ermittlung des Täthters führen könnten, zu machen im Stande ist, wird ersucht, dieselbe im Criminal-Commissariat, Zimmer 21, zu erstatten.
Halle a/S., den 7. November 1881. Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Die Ermittlung des Ergebnisses der am 11. d. Mts. stattgefundenen engeren Reichstagswahl im 4. Wahlbezirk — Stadt Halle und Sealtitz — wird nach Maßgabe des § 26 des Wahlgesetzes vom 28. Mai 1870 am

15. November d. J. Vormittags 9 Uhr

auf dem hiesigen Rathhause — Sitzungszimmer der Stadtverordneten — stattfinden.
Der **Wahl-Commissar**,
Landrath des Saalkreises, geheime Regierungsrath
C. v. Krojitz.

Stechbrief.

Gegen den Arbeiter **Gottlieb Schafferniet** aus Halle, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls verhängt.
Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichts-Gefängniß zu Halle abzuliefern.
Halle a/S., den 7. November 1881. Königl. Staatsanwaltschaft, von Meers.

Stechbrief.

Gegen den unten beschriebenen früheren Comis Gustav **Johann Otto Gottlieb Anenburg** aus Halle, geboren den 29. December 1850, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Urkundenfälschung und Verzug verhängt.
Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichts-Gefängniß zu Halle a/S. abzuliefern.
Halle a/S., den 7. November 1881. Königl. Staatsanwaltschaft, von Meers.

Bekanntmachung.

Der unterm 10. v. Mts. hinter der unversehrten **Johanne Henriette Müller** aus Hagerden erlassene Stechbrief ist erledigt.
Halle, den 31. October 1881. Königl. Amtsgericht, Abtheilung IX.

Freitag und Sonnabend

leben große u. kleine **Landschweine** (Halbengl. Race) zum Verkauf im **Gasthof zur goldenen Kette** Halle a. S.

Biethändler Friedrich Buch, Alstedden a. S.

Billige Möbel, neu, Klausdorfer 16.

Dauerhaft gearb. 2thür. Sekretär 13 %, Vertiko 10 %, Kommoden 7 %, Tisch mit Backstuch 3 %, Stühle 1 %, Bettstellen 3 %, Spiegel 2 % u. f. w., ein bestellt gemeyner **Wasserschiff** mit Marmorplatte billigst.

Pianino,

gebraucht, im guten Zustande, verkauft äußerst billig unter Garantie
H. Lüders, Güntersrif. 14.
Gebrauchte **Stiele** und **Schne** läuft
Gallgasse 6, am Markt.

Die auf Grund neuer wissenschaftlicher Forschungen dargestellten und von vielen Herren Aerzten warm empfohlenen **W. Voss'schen** Catarrhpillen, welche den so lästigen Schnupfen in wenigen Stunden beseitigen und heftige Lungen-, Rachen- und Kehlkopfcatarrhe binnen kürzester Frist in die mildeste Form überführen, sind (à Dose 1 Mark) in den bekannten Apotheken in **Halle, Quartar, Ernleben, Wiehe, Kindelbrück und Nebra** zu haben. Dasselbst wird auch eine kleine Broschüre über dieses neue Heilverfahren von Dr. med. Wittlinger unentgeltlich abgegeben.

Die Wähler des Herrn von Dieß

wählen bei der **Stichwahl**, um ihrer Staatsbürgerpflicht zu genügen, den national-liberalen Kandidaten

Herrn Prof. Boretius.

Wähler von Stadt und Land!

In der **Stichwahl** am **11. November** stimmen die **Gegner des jeffersonitischen Kandidaten für!**

Professor Boretius.

Halle a/S., **Circus Herzog.** Halle a/S., **Merseburgerstr.**

Heute **Donnerstag** den 10. November 1881 **7 1/2 Uhr. Brillante Vorstellung** mit neuem Programm. Aufführung des großartigen Original-Ausstattungsstückes **Lucifer's Hochzeit** oder **Ein Fest in der Hölle**, mit mimischer Handlung, Ballet, Aufzügen, Tänzen und Gruppierungen, mit einem Vorspiel, einem Zwischenpiel und 2 Akten, welches bis jetzt von keinem Circus der Welt aufgeführt, neu, einzig und allein für mein Institut von Herrn **Adolph Price** arrangirt wurde. Außerdem Produktion der besseren Reitmusik, Herbedressur, Gymnastik u. c. **Alles Nähere durch Plakate. Morgen Vorstellung.**

Ein **Kanonofen** wird zu kaufen gesucht **Wedenplan, Barbiergehäst.**

Wir suchen pr. 1. Jan. 1882 einen jungen **Mann** für Contor und Lager, der eine gute Handschrift schreibt, sicher rechnet und sich schriftlich geläufig ausdrücken kann. Nur solche, die diesen Anforderungen genügen können, wollen sich auf unserm Contor vorstellen.
Schwarzwälder & Kirsten.

Maurer,

tüchtige **Fuher**, wollen sich melden **Dorotheenstrasse 1.**

Ein **Buchbinder** an die Schneidemaschine und **Kuturmaschine** sucht die **Halle'sche Papierwaaren-Fabrik.**

Gebirge **Kragen- und Wäscheputzplätzchen** verlangt **Harz 49.**

Mädchen a. Herrenarb. sucht **Georgstr. 4.**

Mädchen-Gesuch. Ein in der Küche erfahrenes Mädchen, welches selbstständig waschen und plätten kann, zum 1. Januar gesucht **Klausdorfer-Vorstadt 1.**

Ein junges **Mädchen** zur **Aufwartung** wird für den ganzen Tag gesucht. **Zu erfragen Wühlweg 27.**

Berrenkleider reinigt (chemisch) u. reparirt **Berger, Schneiderstr., Rathhausg. 8, I.**

50 bis 60000 Mark, ganz oder getheilt, sind per 1. Januar 82 zu 4 1/2 % auf **seine herrschaftliche Hausgrundstücke** auszuliehen durch **Theodor Heime, Blücherstr. 8a.**

45000 Mark à 5 %, auf sehr gute **Hypothek** I. Stelle werden gesucht durch **Theodor Heime, Blücherstr. 8a.**

Einige kleinere **Kapitale** von **10-25000 Mark** sind gegen **gute Hypotheken** auszuliehen durch **Theodor Heime, Blücherstr. 8a.**

1600 Thaler w. sof. auf 1. Hypothek zu leihen gesucht. **Off. unter G. 15 an die Exped. d. Bl.**

3000 M. auszul. **Reicherg. 16, II, v.**

Neues Theater.

Donnerstag den 10. November **Grosses Extra-Concert**

von der auf 50 Mann verstärkten Kapelle des Stadtmusikdirektors **W. Halle**, unter Mitwirkung der berühmten

Piston-Virtuosen **Joh. und Franz Schmidt** aus Hannover, (11 und 12 Jahre alt).

Wickets à 50 s. sind vorher bei den Herren **Steinbrecher & Jasper u. S. Karndt** zu haben.

Eintritt 8 Uhr. Entrée an der Kasse 50 s. Abkommensbillets haben zu diesem Concert keine Gültigkeit.

Speisewirtschaft, Grajeweg, Suppe, Gemüse u. Fleisch mit Bier 40 s. **Abends Pils u. Bratartoffeln.**

Taschengeld, gez. M. v. B., bef.; abzugeben **Wühlweg 16, I.**

Ein gut rentirendes Geschäft mit guter **Kundschaft** ist fortzugsfähig sofort zu übernehmen. **Nähere Auskunft erteilt H. Graefe.**

Handwerker-Meister-Verein. Freitag den 11. Novbr. Abends 8 Uhr im „**Kühlenbrunnen**.“

1) „Walter von der Vogelweide, mit besonderer Berücksichtigung seiner politischen Thätigkeit.“ Vortrag von Herrn Oberlehrer **Steger.**

2) Proklamirung neuer Mitglieder zur Veranschaulichung.

Bauer's Brauerei. Donnerstag Abend: **Schinken** in Burgunder. **F. C. Müller.**

Gasthof zu den drei Königen. Donnerstag den 10. November **Schlachtfest.**

In dem letzten Wahlschreiben des Herrn **Professor Boretius** wird mein Name, und diesmal nur dieser, in einer Weise erwähnt, die zu Mißdeutungen Veranlassung geben könnte und mich zu einer Klärung nöthigt.

In der Versammlung vom 21. April d. J., die nur zur Anhörung eines Rechenschaftsberichts des bisherigen Abgeordneten, nicht zur Aufstellung einer Kandidatur für die Neuwahl einberufen war, wurde der Antrag gestellt, Herrn **Professor Boretius** den Dank der Versammlung für sein bisheriges Verhalten und gleichzeitig die Bitte auszusprechen, den Wahlkreis auch fernerhin zu vertreten, d. h. also seine Kandidatur zu proklamiren.

My Motivirung dieses Antrags wurde u. A. gesagt, **Professor Boretius** sei derselbe geblieben, als den er sich in drei Jahren gegeben, an den Wähler sei es nun, durch seine Wiederwahl zu zeigen, daß auch sie dieselben geblieben. Daraufhin erlaube ich mir zu bemerken, daß man einerseits sehr wohl anerkennen könne, Herr **Prof. Boretius** sei derselbe geblieben und habe in dem Sinne gewirkt, wie er versprochen, daß man andererseits auch selbst derselbe geblieben sein und doch zu dem Schluß kommen könne, Herr **Professor Boretius** sei nicht mehr der geeignete Kandidat. Denn seit der vorigen Wahl sei doch die politische Lage eine wesentlich andere geworden — wer damals nach Lage der Dinge und nach seiner Stellung im politischen Leben geeignet gewesen sei, brauche es deshalb nicht auch heute zu sein. Es erscheine daher geboten, die beiden Sätze der Resolution zu trennen, damit auch die Meinung derer zum Ausdruck kommen könne, die mit einem Danke für die bisherige Thätigkeit ihres Abgeordneten — wie ich meiner Meinung nach schon die einfachste Pflicht der Höflichkeit gebietet, — sich nicht gleichzeitig durch Ueberraschung für seine Wiederwahl engagiren lassen wollten und könnten. In diesem Sinne habe ich damals das Wort ergriffen, nicht aber um Herrn **Professor Boretius** zu bezeugen, daß ich in einem damals entwickelten Anstich durchaus einverstanden sei.

Professor Kohlschütter.




Ein grosser **Posten Wintermützen** sollen unter der **Halbe realen Werthes** schleunigst **verkauft** werden.
Otto Knoll, 21. Güntersrif. 21.
Leere **Weinstapfen** Spiegelgasse 13.



Bekanntmachung.

Nachdem eine engere Wahl für den deutschen Reichstag notwendig geworden ist, bringen wir in Gemäßheit des § 30 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 die Eintheilung der Stadt in 22 Wahlbezirke unter gleichzeitiger Bezeichnung der Wahlvorsteher und Wahllokale zur Kenntniss der Wahlberechtigten. Die engere Wahl findet

am 11. November 1881

in den Stunden von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 6 Uhr

und zwar auf denselben Grundlagen und nach denselben Vorschriften wie die erste, mit der Maßgabe statt, daß auf die engere Wahl nur die beiden Kandidaten, welche bei der Wahl am 27. October cr. die meisten Stimmen erhalten haben, nämlich

**der Professor Boretius zu Halle,
der Dr. Alexander Meyer, Landtagsabgeordneter zu Berlin,**

kommen. Alle auf andere Kandidaten fallenden Stimmen sind ungültig. Zur Stimmenabgabe werden nur diejenigen zugelassen, welche in die Wählerliste aufgenommen sind. Abwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl theilnehmen.

Die Stimmzettel, mittels deren die Wahl erfolgt, müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußern Kennzeichen versehen sein. Sie müssen außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Candidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, ausgefüllt und verdeckt abgegeben werden, dürfen auch von Wählern nicht unterschrieben sein.

Ungültig sind die Stimmzettel:

- 1) welche nicht von weißem Papier, oder welche mit einem äußern Kennzeichen versehen sind;
- 2) welche keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten;
- 3) aus welchem die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist;
- 4) auf welchen mehr als ein Name, oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist;
- 5) welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

Tableau

für die bevorstehende Wahl eines Abgeordneten für den Reichstag.

Wahlbezirk.	Umfang:	Stimmzahl.	a) Wahllokal. b) Wahlvorsteher, Herr: c) Stellvert. Wahlvorsteher, Herr:	Wahlbezirk.	Umfang:	Stimmzahl.	a) Wahllokal. b) Wahlvorsteher, Herr: c) Stellvert. Wahlvorsteher, Herr:
1	Berggasse, Domplatz, Kanzleigasse, Kl. Klausstraße, Küblerbrunnen, Mühlberg, Mühlgasse, Mühlspforte, Paradeplatz, gr. u. Kl. Schlamm, Schloßberg, große u. kleine Schloßgasse, kleine Ulrichstraße 1—26	3237	a) Hotel z. Kronprinz. b) Kaufmann Wagner. c) Mühlbesitzer Jung.	11	Böllberger Weg, Hirtengasse, Oberglauchsa, Schützen- gasse, Weingärten	3264	a) Glauch Schiebaraben b) Brauermeister Hugo Schulze. c) Zimmermstr. Schröp- ler.
2	Barfüßerstraße, Bülbergasse, Dachritzgasse, Jäger- gasse, Kaulenberg, alte Promenade Nr. 1—5, Schulberg, Schulgasse, Spiegelgasse, gr. Ulrich- straße, Kl. Ulrichstraße 27—35	3356	a) Hotel garni z. Tulpe. b) Auktions-Kommissarius Ehse. c) Buchhändler Gräger.	12	Beesenerstraße, Liebenauerstraße, Ludwigstraße, Pfän- nerstraße, Südstraße, Thorstraße, Turmstraße, Bereinsstraßen, Wörmlichstraße	3285	a) Pfeifer's Berg. b) Kaufmann Wächter. c) Zimmermstr. Pfaul.
3	Brüdestraße, Karzerplan, Kleinschmieden, Markt- platz 15 bis 26, Mittelstraße, Neuhäuser, Poststraße, Rathhausgasse, großer Sandberg, große Stein- straße 1—19 und 54—74, kleine Steinstraße	3350	a) Gasth. z. gold. Ring. b) Director Kuhlow. c) Kaufmann Heitron.	13	Blücherstraße, Frandensplatz, Königsstr. 1—10 u. 23a—41, Landwehrstraße 4—14, Lindenstraße, Niemeyerstraße	3187	a) Kohl's Restauration. b) Wittig Ryhandl. c) Kaufmann Singer.
4	Bauhof, große u. kleine Brauhausgasse, Leipziger- straße 1—27 und 85—110, kleine Mäckerstraße, kleiner Sandberg, hinter der Ulrichstraße	3127	a) Gasth. z. ad. Löwen. b) Fabrikb. v. Jenzsch. c) Kaufmann Apfel.	14	Am Bahnhof, Bahnhofstraße, Canenaerweg, Fran- denstraße, Königsplatz, Königsstraße 11—23, Landwehrstraße 1—3 und 15—19, Merseburger- straße, Raffineriestraße, Thüringerstraße	3124	a) „Prinz Carl“. b) Kaufmann Ottomar Brandt. c) pens. Kreissteuer-Ein- nehmer Krefke. a) Bürgergarten. b) Kaufmann Lombo. c) Zimmermstr. Richter.
5	Bechershof, großer und kleiner Berlin, Hansack, Hoher Kräm, Kuhgasse, Kutzgasse, große Mä- ckerstraße, Marktplatz 1—9, neue Promenade, große Rittergasse, Schmeerstraße, Schülershof 1—11, Sperlingsberg, Stiergasse, Zapfenstraße	3214	a) Restauration zum Feldschützen. b) Kaufm. Klinhardt. c) Kaufmann Ludow.	15	Delitzscherstraße, Grünstraße, Halberstädterstraße, Krausenstraße, Kurzgasse, Leipzigerplatz, Leipziger- straße 29—84, Magdeburgerstraße, Martinsgasse	3347	a) Thiere's Restaur. b) Stadtrath Jordan. c) Rentier Caminius.
6	Brumswarte, an der Halle 9—16, alter Markt, an der Moritzstraße, Moritzkirchhof, Moritzwin- ger, Neugasse, Neustadt, Rannichstraße, Zen- fergasse	3394	a) Gasth. z. d. 3 Schwän. b) Agent Martinus. c) Kaufm. Weinack.	16	Anhalterstraße, Augustastr. Charlottenstraße, Do- rotheenstraße, Gottesackerstraße, Marienstr., Mar- tinberg, Parkstraße, Töpferplan	3393	a) Thiere's Restaur. b) Stadtrath Jordan. c) Rentier Caminius.
7	Bürggasse, Domgasse, Fluthgasse, Freudenplan, Gra- fsweg, an der Halle 1—8 und 17—19, Hall- gasse, Hellmauer, große Klausstraße, Klaushor- straße, Kuttelstraße, an der Marienkirche, Markt- platz 10—14, kleine Rittergasse, Schmalzstraße, Schülershof 12—22, Steinbockgasse, Thalgasse, Trödel	3265	a) Gasth. z. St. Zürich. b) Kaufmann Hammer. c) Kaufm. Louis Fritsch.	17	Ackerstraße, Berlinerstraße, Dessauerstraße, Feldstraße, Wölgeler Weg, am Mühlstein, Schimmelstraße, gr. Steinstr. 20—53, vor dem Steinhof, Wu- chererstraße	3336	a) Restauration zur Altenbraueri. b) Maurermstr. Müller. c) Director Eisenraut.
8	Antergasse, an der Baberei, Gerbergasse, am Hofen, Holzplatz, Kellergasse, Klausthor-Vorstadt, Kut- telhof, Kienigasse, am Mühlgraben, Pulverweiden, Gimlinger Schenke, an d. Schwemme, Spitze, Wiesenstraße	3198	a) Fürstenthal. b) Gasanstalt Schröder. c) Zimmermstr. Khris.	18	Brunnengasse, Brunnensplatz, Gartenstraße, Gist- straße 68—73, Hedwigstraße, Kapellenstraße, Kai- senstraße, Ludengasse, Magarethenstraße, Alte Promenade 6—28, Scharrngasse, Sophienstraße 1—13 und 28—34, Unterberg, Zink Garten	3136	a) Restauration zum Forkhaus. b) Kaufmann Hille. c) Banquier Zeising.
9	Bäckergasse, Dybboldsgasse, Fischerplan, an der Gaus- schischen Kirche, Herrenstraße, am Hospital, Hos- pitalplatz, am Moritzthor, Rathewerder, Salz- berg, Sieg, Unterplan, Werbergasse	3230	a) Speiseaal i. Hospital. b) Hospital-Inspr. Rind. c) Kaufm. Jul. Poltz.	19	Abrechtstraße, Friedrichsplatz, Friedrichstraße, Geitz- straße, Gütchenstraße, Heimrichstraße, Karlsru- herstraße, Sophienstraße 14—27, Weidenplan, Wilselmsstraße	3349	a) Weidenhammer's Restauration. b) Kaufmann Kinde. c) Kaufmann Görtig.
10	Bäckergasse, Dybboldsgasse, Fischerplan, an der Gaus- schischen Kirche, Herrenstraße, am Hospital, Hos- pitalplatz, am Moritzthor, Rathewerder, Salz- berg, Sieg, Unterplan, Werbergasse	3230	a) Speiseaal i. Hospital. b) Hospital-Inspr. Rind. c) Kaufm. Jul. Poltz.	20	Bernburgerstraße, Geiststraße 1—67, Händelstraße, Hutz, Hutzgasse	3271	a) Neumarkt Schiebar. b) Rentier Reiting. c) Rentier Schnee.
	Gommergasse, Kanzeigasse, Verchenfeld, Mauergasse, Mittelwache, Steinweg, Taubengasse	3105	a) Christliche Herberge. b) Maurermstr. Kuhn. c) Kaufm. Hebelert.	21	Advocatenweg, Blumenstraße, Vocksbühner, Breite- straße, Heintzenstraße, Hermannstraße, vor dem Krauthof 7—15, Kurrenussstraße, Wühlweg, Wettinerstraße	3104	a) Berner's Restaur. b) Rentier Demuth. c) Buchhändler Knapp.
				22	Fleischerstraße, Jägerplatz, Am Kirchthor 1—6 und 16—24, Feitergasse, große Wallstraße, kleine Wallstraße	3210	a) Café Barbarossa. b) Fabrikb. Kunge. c) Kaufmann Rathcke.
					Summa	71488	

Halle, den 6. November 1881.

Der Magistrat.
Staudt.

Bekanntmachung.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 2. November cr. in Nr. 257 des Halle'schen Tageblattes vom 3. Novem-
ber cr. — die am 11. November cr. von Vormittags 10 bis Abends 6 Uhr stattfindende engere Wahl eines Abgeordneten für den
deutschen Reichstag betreffend, — bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniss, daß statt des Stadtschützenhauses, welches an
diesem Tage einer anderweitigen Benützung unterliegt,

als Wahllokal für den 14. Wahlbezirk die Restauration „zum Prinz Carl“

bestimmt worden ist.

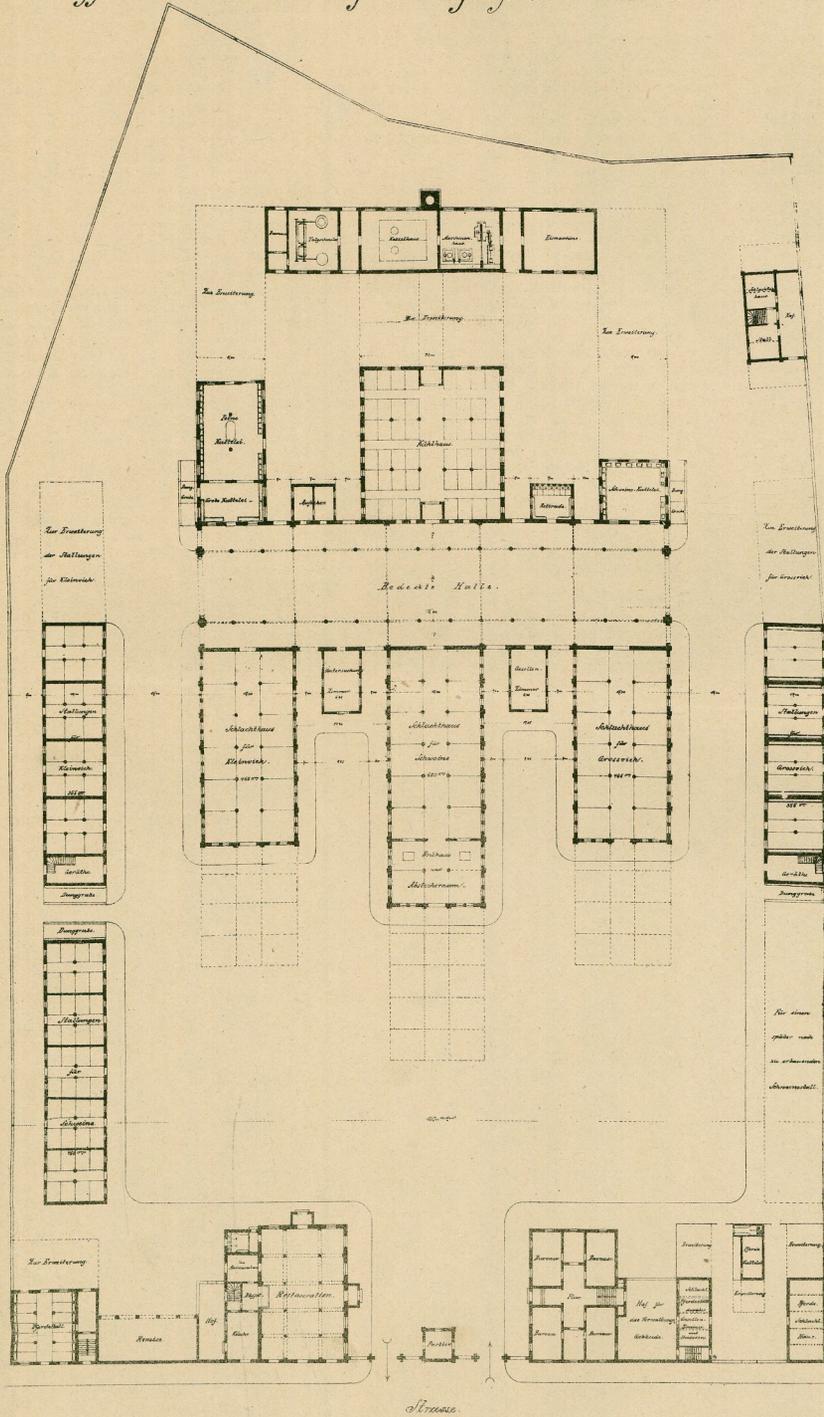
Der 14. Wahlbezirk umfaßt folgende Straßen: Am Bahnhof, Bahnhofstraße, Canenaerweg, Frandenstraße, Königsplatz,
Königsstraße 11—23, Landwehrstraße 1—3 u. 15—19, Merseburgerstraße, Raffineriestraße, Thüringerstraße.

Halle, den 8. November 1881.

Der Magistrat.
Staudt.

Beilage zum Halle'schen Tageblatt.

Öffentliche Schlachthof-Anlage für die Stadt Halle *Faule*



R e d e,
welche Herr Dr. Alexander Meyer in der liberalen Wählerversammlung vom 7. November 1881
im Stadtschützenhause gehalten hat.

M. H., der 27. Oktober hat hier in Halle eine ziemlich unerwartete Wendung gebracht; dieselbe ermöglicht es mir, heute nochmals vor Ihnen zu erscheinen und Ihnen meinen Dank auszusprechen für das Vertrauen, welches ein Theil der hiesigen Wählerschaft mir durch eine mich übersteigende Stimmenzahl ausgesprochen hat. Sie giebt mir zugleich Veranlassung, mich über die gegenwärtige politische Lage zu äußern, die sich denn doch seit der Zeit, wo ich das letzte Mal vor Ihnen gefunden habe, recht wesentlich verändert hat. M. H., ich halte die Wahlen des 27. Oktober für ein großes Glück für die liberale Partei und für ein Heil für das Vaterland. Jetzt dürfen wir uns gefallen, daß wir viel Veranlassung hatten, diesen Tage mit Sorge ins Auge zu sehen. Von Seiten der Regierungspresse waren ungewöhnliche Antretungen gemacht worden, um ein Wahlerfolg herbeizuführen, welches uns Liberalen im höchsten Grade unermüdlich gewesen wäre; sie war mit den bestmöglichen Angriffen gegen die entschiedene liberale Partei vorgegangen, sie hatte keinen Anstand genommen, dieselbe direct des Bundesrats zu beschuldigen; es wurde ausgesprochen, es komme nunmehr Alles darauf an, eine Majorität zu erzielen, auf welche Fürst Bismarck rechnen könne, um seine wirtschaftlichen Reformen, welche ja doch im Wesentlichen noch unbekannt sind, durchzuführen, und es werde ihm nicht darauf ankommen, den Reichstag, wenn er nicht nach seinen Wünschen handle, alsbald wieder aufzulösen und immer wieder aufzulösen, bis die erwünschte Majorität vorhanden sei. Diesen Aeußerungen der Regierungspartei gingen Wahlagitationen zur Seite, die zum Theil recht bedenklicher Art waren. Ich kann diese Punkte nicht berühren, ohne dankbar anzuerkennen, daß in hiesiger Wahlkreise sich die Behörden durchaus innerhalb der Grenzen ihrer Competenz gehalten haben, und daß auch die conservative Partei die Wahlagitation zwar in energischer aber doch streng loyale Weise geführt. Zu anderen Kreisen war das anders. Ich selbst bin zu einer Agitationsreise nach dem Wahlkreise Lauenburg gereist und habe mich überzeugt, daß die wunderbaren Geschichten, von denen Sie in den Zeitungen gelesen haben, vollständig begründet sind; daß der dortige Landrath Klinglatter losgelassen hat, welche den eingehenden Jued hat, den dortigen Landtagsabgeordneten, eines der rühmlichen Mitglieder der liberalen Partei, welcher den Sezessionisten angehört, zu diskreditiren auf Grund von bis ins Privatleben beruhenden Thatsachen, welche sich bis auf 40 Jahre zurück erstrecken. Ich könnte andere Beispiele der Art aus anderen Wahlkreisen anführen; aber sie werden ja später noch zur Sprache kommen.

M. H., seit der letzten Reichstagswahl vor 3 Jahren machten wir eine Fahrt im Dunkel. Wir wußten nicht, wie die Stimmung im Bürgerstande in den Städten sei, wie im Bauerntande; wir wußten nicht, ob die Dörflerungen in der offiziellen Presse, ob die Agitation der offiziellen Organe das Land nicht von den liberalen Wahlen ablenken würden. Es waren ungewöhnliche Mittel gebraucht worden, und wir mußten uns gefast machen, daß sie Erfolg hätten. M. H., wenn solchen ungewöhnlichen Agitationsmitteln gegenüber nur der eine Erfolg eingetreten wäre, daß wir keine Stimmen verloren hätten, so wäre das schon ein Sieg für uns gewesen, ein Zeichen, daß der conservativ, eigentlich — realistische Hauch zum Stehen gebracht worden sei. Aber es ist nicht dabei stehen geblieben. Die liberale Partei hat nicht allein nichts verloren, sondern hat erheblich gewonnen, so viel, daß von dem Ausfall der Stichwahl abhängen wird, ob aus den Conservativen, Freiconservativen und Ultramontanen zusammen eine Majorität sich bilden lassen wird, die sich den Wünschen der Regierung gegenüber fähig machen erweisen wird. Zu sehr vielen Kreisen haben die Conservativen nur mit ganz geringer Majorität gesiegt. Meine Herren, wir können mit Sicherheit darauf rechnen, daß neue Wahlen, die etwa in nächster Zeit über uns verhängt werden sollten, nicht für die conservative, sondern für die liberale Sache ein besseres Resultat liefern werden. Es ist aber auch in diesem Augenblick von Neuwahlen gar nicht mehr die Rede; sondern gerade die Behauptung, die sich vor einiger Zeit anhörten, den Wählern zu Gemüthe zu führen, daß dann, wenn der Reichstag nicht auf die Pläne des Fürsten Bismarck einginge, eine Auflösung sicher erfolgen würde; gerade diese Organe sagen jetzt, man solle doch keine Gespenster an die Wand malen, es sei davon gar nicht die Rede. Ein sehr einflussreiches Organ hat kürzlich, Fürst Bismarck habe nicht die Absicht zu trogen und zu schmeißen; er wolle den unbegründeten Vorwurf widerlegen, daß er ein eigennütziger Mann sei, der keinen Widerstand ertragen könne.

Ich darf behaupten, seit dem 27. Oktober weht eine reinere, frischer Luft durch das ganze Deutsche Reich. Wir haben nicht zu befürchten, durch irgend welche weitreichende Projekte überirrempelt zu werden; wir können uns der Hoffnung hingeben, daß die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Volksvertretung in einer Weise stattfinden werden, wie sie sich für konstitutionelle Staaten schickt. Wir haben einen bescheidenen Erfolg am 27. Oktober dieses Jahres erlitten, und wenn die liberalen Wähler überall ihre Stimmkraft thun, dann steht zu hoffen, daß dieser Erfolg noch vergrößert wird.

Meine Herren, die Wahlergebnisse, von denen

ich mir erlauben werde, Ihnen einige zu analysiren, lassen keinen Zweifel darüber, daß die Wahlen am 27. Oktober dieses Jahres den gewünschten Erfolg nicht gehabt haben würden, wenn nicht am 28. September vorigen Jahres die Sezession eingetreten wäre. M. H., wenn man einen Vergleich anstellt zwischen Nationalliberalen und Sezessionisten, so sind da zwei Fragen zu beantworten; erstens die Frage, wer hat die Sympathien des Volks, wer genießt sie? und zweitens die Frage, wer verdient sie, wer hat Recht? Mir würde es sehr nahe liegen, den ganzen Nachdruck auf die zweite Frage zu legen. Aber wunderbarer, ich möchte sagen sehr unvorsichtiger Weise ist von gegnerischer Seite gerade die andere Frage in den Vordergrund gerückt worden: „Wer genießt sie?“ Und es ist behauptet worden, die Sezessionisten genießen keine Sympathie, und das sei der beste Beweis, daß sie keine verdienen. Ich werde mich auf diesen Boden begeben und untersuchen, ob es wahr ist, daß die Sezessionisten die Sympathie nicht gefunden haben, die sie vorausgesetzt hatten. Es ist gesagt worden, die Sezession habe unnützer Weise die liberale Partei gespalten, das Ansehen derselben der Regierung gegenüber geschwächt und diene nur dazu, die Fortschrittspartei zu verhärtigen; sie sei im Volks nicht verstanden worden, und Männer, die als Nationalliberale sich eines guten Ansehens erfreut hätten, seien nun von ihren Wählern verlassen. Ich habe schon beim letzten Male zu Ihnen über diesen Punkt gesprochen und habe die beiden Fälle erörtert, die zum Beweise dieses Satzes vorgeführt worden sind. Es ist gesagt worden, daß Niderst, der bisher den größtmöglichen Bezirk vertrat, in Gefahr schwebte, nicht wieder gewählt zu werden, weil er so unvorsichtig gewesen sei, zu den Sezessionisten überzugehen. Nun, Niderst ist in Danzig jetzt mit größerer Majorität wiedergewählt worden, als vor 3 Jahren. Man hat ferner gesagt, Stauffenberg finde in seinem Wahlkreise keine Wähler mehr und müsse in außerbairischen Wahlkreisen betteln gehen. Aber Stauffenberg ist in seiner Heimath in Bayern gewählt worden; und wenn Hoberst in Braunschweig gewählt worden ist, verdankt er dies nur seinem Gegner Stauffenberg, der gesagt hat, einem so tüchtigen nationalliberalen Candidaten wolle er keine Concurrenz machen.

Wie steht es nun mit den sezessionistischen Wahlen? Von unseren bisherigen Reichstagsabgeordneten ist ein einziger definitiv durchgefallen; alle Uebrigen, welche nicht etwa zurückgetreten sind, die nicht etwa selbst erklärt hatten, daß sie nicht wiedergewählt werden wollten, sind wieder gewählt worden oder mit den besten Aussichten zur Stichwahl gekommen, besonders die Leute, gegen welche der Eifer der Regierung sich besonders richtete. So ist Jordanbeck in Wolmirstedt bei Magdeburg gewählt, und das doppelt besser hält, als einfach, ist er auch in Sagan gewählt worden. Niderst ist in Danzig wiedergewählt worden und außerdem in Koburg. In Girschberg ist Dunin, gegen den wiederholt ganz wunderbare Verleumdungen in der Presse geschickt wurden, mit geradezu verblüffender Majorität wiedergewählt worden. Ueberall, wo es darauf ankam, im Feuer auszuhalten, haben unsere Freunde ausgehalten. Wir sind in einer Stärke von 21 oder 22 Mann aus dem letzten Reichstage herausgegangen; unsere Zahl beläuft sich schon jetzt auf 28, und 17 sind noch in der Stichwahl. Befähigt das die Behauptung, die von gegnerischer Seite angegangen ist, die Sezessionisten hätten keine Sympathie? Wenden Sie Ihren Blick auf die Provinz Sachsen. Ich habe erwähnt, daß Jordanbeck wieder gewählt ist. Neben ihm ist Schröder in Schweinigt-Wittenberg mit einer Majorität aus zwei Dritteln gewählt und hat einen der einflussreichsten Conservativen im Reichstage geschlagen, Herrn von Helldorf-Bebera. Im Kreise Sakschwedel-Gardelegen hat unser Freund Kapp seinen Sitz wieder ererbt, den er unter dem conservativen Hauch verloren hatte. In Merseburg und Mühlhausen sind neue sezessionistische Candidaturen geschaffen. In Erfurt steht gegen den Minister Lucius ein sezessionistischer Kandidat in der Stichwahl; und in Bitterfeld-Delitzsch ist der sezessionistische Kandidat gegen einen Mann, der sich hier in Halle mit besonderem Nachdruck als den Führer der conservativen Partei bezeichnete, in die Stichwahl gekommen, so daß ihm nur eine geringe Stimmenzahl an der absoluten Majorität fehlte.

Ich meine, wenn wir diese Thatsachen zusammenhalten, werden wir es für eine etwas lächerliche Behauptung erklären müssen, wenn gesagt wird, daß die sezessionistische Partei gar keinen Anhalt in der Provinz Sachsen habe. Ich glaube, daß die andere Partei, die auf ihre Sympathie im Volks so stolz ist, froh sein könnte, wenn sie solche Resultate erzielt hätte. Lassen Sie uns den Blick auf die nationalliberale Wahlen wenden. In den sogenannten alten Preussischen Provinzen, die ein ganz besonderes Band der politischen Gesinnung verbindet, in den 6 Provinzen, die man die östlichen des Staates nennt, sind gewählt 3 Nationalliberale, während 14 Sezessionisten gewählt worden sind. Die nationalliberale Partei hat die schwersten Verluste erlitten. Der nächste Herr v. Baumgarten anerkannter Führer der Nationalliberalen, Marquardien, befindet sich noch in der Stichwahl. Die Zahl der Nationalliberalen ist stark heruntergegangen. Während wir

mehr als die Hälfte unserer früheren Zahl gewonnen haben, haben die Nationalliberalen fast ein Drittel verloren. Ob sie das auf Rechnung der großen Sympathie, die sie im Volks genießen, setzen, weiß ich nicht. Die Sache ist noch wunderbarer, wenn man auf die einzelnen Persönlichkeiten sieht. Namentlich haben solche verloren, von denen wir voraussetzten, daß sie in allen sachlichen Fragen mit uns stimmten, aber sich aus persönlichen Rücksichten nicht entschließen konnten, zu den Sezessionisten überzugehen. Ich meine Weber in Magdeburg, Roggemann in Oldenburg, Brünning in Homburg, Wollsohn in Hamburg. Alle diese Männer sind Fortschrittspartei unterlegen und würden wiedergewählt worden sein, wenn sie, die uns durch ihre Ansichten nahe stehen, sich entschlossen hätten zur Sezession überzutreten.

Nun m. H., wenn es wirklich der höchste leitende Grundgedanke der heutigen Politik sein sollte, nur das zu sorgen, daß die Fortschrittler nichts gewinnen, dann ist es jedem Manne anzurathen, so bald wie möglich einen Sezessionisten zu wählen. Wir behaupten unser Terrain, während die Nationalliberalen verloren haben. Die Nationalliberalen haben nach rechts hin verloren und haben gegen die Fortschrittspartei verloren. Derartige Verluste kann man einer Partei nicht unbedingt zum Schaden oder Spott anrechnen; jede Partei ist dem ausgesetzt. Es gab eine Zeit, wo die Conservativen stark verloren, wo der Fortschritt stark verlor; sie sind aber wieder aufgenommen. Die Nationalliberalen haben die Kraft der Agitation verloren. Man macht ihnen den schmerzlichen Vorwurf, daß sie in Hannover, wo sie den meisten Boden haben, in 2 Bezirken, wo Wahlen aufgestellt waren, sogar verfaulten haben, Candidaten aufzustellen. Es ist das ein Zeichen, daß die nationalliberale Partei das Vertrauen zu sich selbst verloren hat. Nun, m. H., die Resultate sind ja glänzend, zufriedenstellend zum wenigsten. Aber ich gestehe offen, als wir 28 Leute vor einem Jahre den Beschluß faßten, uns von dem Fraktionsverbande loszusagen, der uns doch lieb geworden war, haben wir die Erfolge nicht vorausgesehen. Wir sind nur der Stimme unseres Gewissens gefolgt als wir uns von dem bisherigen Fraktionsverbande loslagten, aber wir haben uns nicht und sehend der Gefahr ausgesetzt, unsere Wähler zu verlieren. Wir haben nicht gewünscht: würde der Schritt Anfang finden, oder nicht? Ich sprach dabei nicht von meiner Person; es wird stets mein Stoß sein, zu stehen, wo Niderst, Jordanbeck, Stauffenberg stehen. Diese haben aber das politische Ansehen, das sie sich erworben hatten, auf das Spiel gesetzt, um der Stimme des Gewissens zu folgen. Wir haben wohl erwogen, der Schritt, den wir thaten, könne feil gehen; aber die Männer, von denen ich gesprochen habe, hatten den unerfütterlichen Entschluß, lieber dem politischen Leben zu entsagen, als ferner zu leben in Verbältnissen, die nach unserer Ansicht ungesund geworden waren. Sie würden die Folgen ihres Schrittes zu tragen gehabt haben, wenn die Sezession mißglückt wäre. Jetzt, wo sie glücklich ist, müssen wir es ihnen danken, daß sie sich zu dem Schritt entschlossen; denn hätten wir uns dem Fraktionsverbande der nationalliberalen Partei noch ferner anvertraut, so würden wir in dem Kampfe am 27. Okt. nicht gesteht haben.

Nun, m. H., ich wiederhole noch einmal, was ich über die Grundzüge unfer politischen Anschauung gesagt habe. Wir sind nicht abgesehene Gegner von Compromissen. Wir alle erkennen und bekennen es, daß sich eine gesunde politische Entwicklung niemals vollziehen kann, wenn ein Jeder eigenmächtig auf seinen Kopf beharrt. Was viele Stimmungen sind, muß ein Ausgleich gefunden werden; und der Grundgedanke zu dem wir uns bekennen, ist niemals einen kleinen Schritt vorwärts ungethan zu lassen, wenn wir auf einen größeren Schritt verzichten müssen, vorausgesetzt, daß dieser kleine Schritt uns wirklich vorwärts führt. Gestützt auf diesen Grundgedanken haben wir für Compromisse gestimmt bei der Annahme der Deutschen Reichsverfassung, bei Annahme der Kreisordnung und der Justizgesetze. Wir haben nun geglaubt, daß das Schließen von Compromissen aufhören müsse, wenn uns vorgeschlagen würde, ein paar Schritte nach rückwärts zu thun; und wir erklärten, wir wollten einen Schritt nach rückwärts niemals thun, selbst nicht um den Preis, daß dadurch ein weiterer Schritt rückwärts abgewendet würde. Solche Compromisse haben wir abgelehnt und solche sind es gewesen, welche uns von den Nationalliberalen getrennt haben. Die wirklich heilbringenden Compromisse sind ein Stück unserer persönlichen Geschichte, ein Stück unserer Erlebnisse, und wie sind wir zu stolz darauf, um die Erinnerung daran auch nur einen Augenblick preiszugeben.

Aber, m. H., es sind Compromisse gekommen seit jenen Zeiten, von denen wir sagen müssen, sie haben uns nur rückwärts und nicht vorwärts gebracht; Compromisse, welche abgeschlossen sind nicht auf Grund reiflicher Ueberlegung, sondern in großer Ueberlebung. Die Periode der segensreichen Compromisse schließt ab mit dem Ende des Jahres 1876. Hier folgt diejenige Aera, die man bezeichnet als die Aera der Verjüngung, in der nichts zu Stande gekommen ist, und dann der Gesetze, welche mit unheilvoller Ueberlebung festgesetzt worden sind. Ich nenne da vor Allem den neuen Tarif,

Die ersten Grundgedanken des Tarifs wurden entwickelt in dem Weichnachtsbriefe des Fürsten Bismarck, der vom 15. Dezember 1878 datirt ist, und schon im Juli 1879 war dieser Tarif Gesetz geworden. Mit solcher Eile wurden solcher Eile Verhandlungen altpreussischer Magazine nicht durchgeführt. Wir haben es immer für gut gehalten, wenn eine Gesetzesvorlage vorher durch eine Commission durchgearbeitet wurde, daß dann, ehe sie vor das Plenum gelangte, die Session schloß; und in der zweiten und dritten Session haben wir immer noch Zeit genug gefunden, uns zu verhandeln. Die Kreisordnung hat mehrmals vorgelegen; die Verathung der Justizgesetze hat mehrere Jahre in Anspruch genommen. Nur dieser Tarif ist mit erdrückender Eile durchgeführt worden, obgleich die schwersten Bedenken sich dagegen erhoben.

Die Grundgedanke des Tarifs weichen ab von dem, was Fürst Bismarck in seinem Weichnachtsbriefe gegeben. Die Bestimmungen des Tarifs weichen in Bezug auf die Garn- und Gewebezölle ab von den Ansprüchen einer Enquete-Commission, die sich dahin ausgesprochen, es liege kein Bedürfnis vor, die Zölle auf Garn und Gewebe zu erhöhen. Der Tarif ist nicht zu Stande gekommen auf Grund wohlberedigteter Gründe und zum Vortheil des gesammten Volkes, sondern zum Vortheil einer kleinen Klasse von Interessenten.

Mit gleicher Eile wurde durchgeführt die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Auch das ist ein Gegenstand, hinsichtlich dessen ich anerkenne, er sei nicht im Stande, die Parteien eigentlich von einander zu trennen. Ob die Eisenbahnen Eigentum des Staates oder von Privatgesellschaften sein sollen darüber können Leute von derselben Partei verschiedene Ansichten sein. Aber das eine habe ich für notwendig gehalten, wenn wir dem Staate diese neue ungeheure Macht übertragen, die in dem Gewerbe von Eisenbahnen liegt, dann auch künftige Garantien geschaffen werden, daß der Staat von dieser Macht auch einen guten Gebrauch macht. Es wurde über Garantiegesetze verhandelt, es wurden Garantiegesetze vorgelegt. Von diesen Garantiegesetzen haben wir, die wir später zur Session übergingen und auch ich persönlich und mein Freund Widert im Schoße der Fraktion angeführt, daß diese Garantiegesetze nicht sichhaltig sein, nicht aus solchem Material, sondern aus Pappe geschaffen seien, und wir haben vor ihnen gewarnt. Trotzdem ist die Verstaatlichung der Eisenbahnen beschlossen worden, ohne daß für ausreichende Garantien Sorge gemacht wird. Der Grund zur Trennung aber ergab sich bei der kirchenpolitischen Novelle. Ich habe mich verschiedene Male vor Ihnen darüber ausgesprochen, ich habe gesagt, warum ich sie nicht annehmen konnte. Dasselbe steht an Stelle fester unerschütterlicher Rechtsgrundlagen das distinktionäre Ermessen der Regierung. Sie dient der Regierung nicht. Die Regierung hat sie damit begründet, einen Frieden mit dem Centrum anzubahnen. Wir haben behauptet, man laßt den Frieden mit dem Gegner niemals an, wenn dieser die Conzessionen, die man macht, selbst zurückweist. Die ultramontane Partei war die erste, welche sagte, dieses Gesetz können wir nicht gebrauchen; wir wollen ein Recht, dasselbe mag hart sein, wir wollen uns aber eher mit einem harten Gesetz zufriedentstellen lassen, als mit einem wackleren, das die Regierung drehen und drehen kann, wie sie will. Die Verschiedenheit der Auffassung zwischen uns und den Nationalliberalen war hier so groß, daß sie zum Bruch führen mußte.

M. H., von der nationalliberalen Partei ist gesagt worden, es sei nicht gut, daß jetzt diejenige Fraktion der nationalliberalen Partei in ihrer Pöhl geschwächt werde die den Wunsch habe, dem Fürsten Bismarck entgegen zu kommen und Compromisse mit ihm zu schließen, denn wenn die Nationalliberalen keinen Compromiß mit ihm schließen würden, schied er ihn mit dem Centrum. Das ist nach meiner Auffassung die Sprache der Jagdsucht, die wir nicht führen dürfen. Wir dürfen auf keinen Compromiß eingehen, nur um zu verhindern, daß die andere Partei Bismarck gefällig ist. Entschieden sich Fürst Bismarck etwas zu thun, was wir nach unseren Grundgedanken nicht für recht halten können, so können wir ihm nicht entgegen kommen und die Hälfte des Unrechts auf uns nehmen, wenn er dafür nur geneigt wäre, die andere Hälfte des Unrechts fallen zu lassen. Mit solchen Compromissen macht man schlechte Geschäfte, das hat die nationalliberale Partei erfahren; und immer, wenn sie einen Compromiß entgegenbringt, wie vor 2 Jahren mit dem Zolltarif, ging es wie in jenem Wettkampfe zwischen dem Hasen und einem anderen Thier; das andere Thier meldet sich immer und sagte, ich bin schon da. Diese Auffassung ist es also, die uns von den Nationalliberalen getrennt hat. Ich finde es eine vollständige Verleugung der Verhältnisse, wenn man uns jetzt sagt, wie noch in diesen Tagen geschehen ist, wir seien eine zu weit vorgeschrittene Partei, die Vertreter des Radikalismus und dieser sei der wahre Feind eines vernünftigen Liberalismus. Was ist ein Radikaler? Wenn wir auf den Wortsin zurückgehen, müssen wir darunter einen Mann verstehen, der keinen Anstand nimmt, einen Baum mit der Wurzel auszureißen und ihn anderwohin zu pflanzen. Was wollen wir denn umflühen? Unser Streben richtet sich darauf, für den Augenblick dem Volke, dem Staate in der unerwartlich schnellen gesetzgeberischen Arbeit, in der er seit Jahren befangen ist, eine Ruhepause zu verschaffen. Wir kommen mit keinen umflühenen Vorschlägen; unsere Hände sind leer, wir haben keine neuen Kräfte zu stellen. Daß wir uns wehren gegen eine Geset-

vorlage, die wir für schädlich halten, heißt das radikal sein? Es ist im Scherz gesagt worden, aber dieser Scherz hat seinen guten Grund, daß die liberale Partei jetzt die eigentlich conservativen Partei sei. Wir wollen die alten preussischen Grundzüge beibehalten. Es liegt den Worten sehr viel Wahres zu Grunde. Alle unvollständigen Vorschläge sind dem Schoße der Regierung hervorgegangen; wir haben uns dagegen ablehnend verhalten. Unser Verhalten ist von Andern als ein hyperconservatives bezeichnet worden; es ist gesagt worden, wir wollten gar nichts Neues. Das ist zu weit gegangen. Wir wollen Reformen, wir sind dazu bereit und freuen uns, mit Bismarck einen gemeinsamen Punkt gefunden zu haben; die Gesetzesvorlage, die Fürst Bismarck in's Auge gefaßt hat, ist die Sicherstellung des Arbeiters gegen Unfälle. Wir sind damit vollkommen einverstanden, daß hier zunächst der Hebel angefaßt werden muß, um die Lage des Arbeiters zu verbessern. Wir haben schon Vieles vorherberathen, wenn auch aus anderen Gesichtspunkten. Hier wollen wir reformieren, aber in anderer Weise, als man bisher in den letzten Jahren damit vorgegangen ist. Wir wollen nicht, daß an einem Tage die erste Idee zu einer Gesetzesvorlage eingebracht wird und in 6 Wochen das Gesetz schon fix und fertig ist, wie es geschehen ist. Mit solcher Schnelligkeit ist der neue Tarif eingeführt worden. Mit eben solcher Schnelligkeit arbeitet man jetzt an der s. g. Wirtschaftsvorform. Im November zerbrachen sich die Leute noch den Kopf über das, was eigentlich die Regierung unter Arbeiterversicherung verstand; im Februar war sie da. Ich bin der Meinung, daß solche Sachen ausgereift werden und von erfahrenen competenten Leuten durchberathen werden müssen; und zu solchen Zeiten ist den Volkswirtschaftsrath nicht. Wenn solche Sachen beschlüsselt werden, dann sollen erst Leute, welche darin erfahren sind und sie studirt haben, daß Versicherungsbeamte, Professoren und das Gewerbe, welche darin Verluße gemacht haben, darüber urtheilen, wenn auch nicht die Frage endgültig zum Ende führen; und dann, wenn die Frage ordentlich gereift ist — dazu gehört aber Jahr und Tag — dann soll der Gegenstand eingebracht werden. Dann werden wir dabei sein; aber wir wollen uns nicht überumpeln lassen mit Gesetzvorlagen, welche noch unvollkommen sind. Wir wollen, daß solche Fragen in richtiger und fetiger Weise vorberathen und zum Schluß gebracht werden. Wir sind weder Radikale, die irgend etwas umflühen wollen, noch Hyperconservative, die von keiner Reform etwas wissen wollen. Ich sehe nicht ein, woher man Gründe für den Vorwurf des einen oder anderen nehmen will.

Nun, m. H., von Seiten der Nationalliberalen sind noch andere Fragen in sehr direkter Weise uns vorgelegt worden. Es ist gefragt worden, wie wir über die Prolongation des Sozialtarifgesetzes denken; es ist gesagt worden, wir würden uns am Ende von unserer früheren Anschauung trennen und damit den Bruch mit unseren Parteifreunden befehlen. Ich muß bekennen, ich finde es in hohem Grade unvorsichtig, wenn solche Fragen vorgelegt werden. Das Sozialtarifgesetz ist beschlossen bis 1884. Es ist zwei Mal beschlossen worden mit dem ausdrücklichen Zugeständnisse, daß es nur ein vorübergehendes Gesetz sein sollte. Niemand hat daran gedacht, dieses Sozialtarifgesetz für eine ewige Dauer in's Leben zu rufen. Man hat gemeint, es werde innerhalb einer gewissen Zeit seine Wirkung thun und nach Verwindung dieser Zeit abgeheft werden. Wir wissen heute noch nicht, ob die Regierung im Jahre 1884 die Verlängerung des Gesetzes beantragen wird und ich finde es von den Nationalliberalen im höchsten Grade unvorsichtig, wenn sie sich heute, im November 1881 engagiren wollen, im Jahre 1884 dafür zu stimmen. Sie können nicht wissen, ob es ihnen angekommen werden wird. M. H., ich für meine Person werde den Tag segnen, wo es möglich ist, dieses Gesetz abzuschaffen. Zu dem Zeitpunkt, wo man Grund haben wird, dies zu thun, wird es mir besondere Freude machen, zur Abschaffung mitwirken zu können. Ich glaube aber, daß kein gewissenhafter Mann zu irgend einer Zeit eine bindende Verpflichtung darüber eingehen kann, daß er es in 2, 3 oder 4 Jahren thun wird.

Nun, m. H., ist noch ein Auspruch von Seiten der Nationalliberalen gefallen, und ich glaube, daß ich von dieser Stelle her auch noch mit einigen Worten darauf einzugehen habe. Es ist gesagt worden, unsere, der Liberalen, Aufgabe sei es nicht, dem Fürsten Bismarck Opposition zu machen, sondern den Versuch zu machen, Einfluß auf ihn zu gewinnen. Ja wohl, m. H., ich stimme dem bei, aber ich habe meine eigene Ansicht darüber, wie dieser Einfluß zu erlangen ist. Nach meiner Ueberzeugung respektirt Fürst Bismarck nichts so sehr als die selbstbewußte Kraft; und derjenige gewinnt Einfluß auf ihn, der ihm selbstbewußte Kraft entgegenstellt. Nach diesem Recept haben andere Parteien gehandelt und sind wohl dabei gefahren. Es hat Zeiten gegeben wo er über die Conservativen gedacht hat, wie er über uns denkt die Conservativen sind fest bei ihren Prinzipien geblieben und haben Einfluß gewonnen. Es hat Zeiten gegeben, wo man sagte, die Ultramontanen hingen die Nullmann an den Hochstüben. Die Ultramontanen sind fest bei ihren Grundgedanken geblieben und haben das Anerkenntniß erzieht, daß man sich gegen sie nicht auflehnen sollte. Wenn wir dieselbe selbstbewußte Kraft, dieselbe Ueberzeugung vor der Mächtigkeit unserer Prinzipien ihm entgegenstellen dann glaube ich, wird auch die Zeit kommen, wo wir wieder auf besserem

Grunde mit ihm stehen werden; und ich meine, wir haben schon heute, nach dem 27. October, nicht ganz mehr auf demselben schlechten Grunde mit ihm wie vorher. Sie wissen, es hat nichts gegeben, was uns in die Tiefe der Seele empört hat, als die gesetzwidrige Judenhege, wie sie von verschiedenen Seiten ausgetrieben worden ist. Es ist wiederholt im Parlament darüber gesprochen worden. Es gab im Abgeordnetenhause eine Debatte, an der ich mich selbst betheiligte und erklärte, daß ich dieses Verfahren für ganz unbedeutend halte.

Es ist zu keinen eingehenden Aeußerungen darüber von Seiten des Fürsten Bismarck gekommen. Jetzt nach dem 27. October wird plötzlich eine Unterhaltung bekannt, die er mit einem Industriellen geführt und in der er Aeußerungen über die Judenhege that, die wir von unserem Standpunkt aus vollständig billigen. Es ist bekannt, daß inzwischen Schritte geschehen sind, um gegen die ärgsten Auswüchse der Judenhege mit gesetzlichen Mitteln vorzugehen.

Ich finde in dieser erfreulichen Wendung ein Zeichen, von dem Einbruch, welchen die Wahlen vom 27. October gemacht haben, von dem Einbruch, den das Anwachsen der entschiedenen liberalen Partei gemacht hat; und ich bin überzeugt, daß, wenn die liberale Partei gestärkt auch aus dem Stichwahlen hervorgeht, so sorgen sie am besten nicht für eine radikale Umwälzung, sondern für das, was wir von ganzem Herzen wünschen, für eine ruhigere, stetige Form, bei der auch die liberale Partei im Stande sein wird, gemeinschaftlich mit Fürst Bismarck Werke zu Stande zu bringen, die dem Vaterlande zum Heil gereichen; und ich bitte Sie, in diesem Sinne zu wählen.

Meine Herren, ich habe die Ueberzeugung, daß die Verhältnisse des arbeitenden Volkes in derjenigen Zeit, wo der allgemeine Gebrauch der Maschinen eingeführt ist, sich ganz wesentlich geboben haben. Man erkennt wohl nicht so ganz, in welchem Grade, das von dem Arbeiterstand der heutigen Zeit ganz verschieden ist, die Arbeiterwelt, namentlich die ländliche, geknechtet hat, wo das System der halben Leibeigenschaft, der Erbschaftsmacht, der Roboten, der gehobenen Arbeit behandelt hat. Ich habe die Ueberzeugung, daß, seitdem die Maschinen in größerer Menge eingeführt sind, sich die Lebenslage des Arbeiterstandes ganz wesentlich gebessert hat.

M. H., man hat ausgerechnet, daß gegenwärtig auf jeden Kopf der Bevölkerung 2—3 Menschenkräfte, in Maschinen ausgedrückt, kommen, die für ihn arbeiten. Die Bedürfnisse des Arbeiterstandes werden in sehr viel reicheren Maße befriedigt, als es vor 100 Jahren geschah. Meine Herren, ich glaube, daß heute ein Mann in sehr bescheidenen Verhältnissen sich auf das Beste unbeschädigt fühlen würde, wenn er unter solchen Verhältnissen leben sollte, wie sie für den Reichthum noch vor 100 Jahren lagen. Wenn trotzdem die Unzufriedenheit in den arbeitenden Klassen sich geboben hat, so ist das in keiner Weise darauf zu schieben, daß ihre Lebenslage sich verschlechtert hat, sondern darauf, daß ihr Nachdenken sich geboben hat. Der Arbeiterstand von vor 100 Jahren war sich seines Grades weniger bewußt geworden, weil er weniger über denselben nachdachte. Der heutige Arbeiterstand ist unzufriedener, weil er Denken gelernt hat, und in sofern sehe ich in dieser Unzufriedenheit ein günstiges Zeichen. Ich hege aber auch die Ueberzeugung, daß das Denken immer mehr zunehmen wird. Der Arbeiterstand wird sich immer mehr heben in der allgemeinen Weltung und zu der Ueberzeugung kommen, daß es niemals möglich sein wird, alle erstarrten, wie leicht berechtigten Wünsche sofort zu erfüllen; sondern daß die Bestfestschichte Zeit braucht. Er wird vor allen Dingen sich durch Nachdenken zu der hohen sittlichen Ueberzeugung emporklimmen, daß eine wirkliche Verbesserung der Verhältnisse niemals möglich ist, wenn nicht jeder Einzelne den Entschluß faßt, an seiner Stelle Alles zu thun, was notwendig ist, um ihn vorwärts zu bringen. Ich halte es für das Hauptanliegen, das heute auf dem Arbeiterstande lastet, daß sich in ihm die Ueberzeugung festsetzt, daß sich selbst zu helfen läßt; er nicht, er müße Alles vom Staate erwarten; er komme durch Selbsthilfe, Sparen, durch ein vernünftig eingerichtetes Versicherungswesen nicht weiter. Ich habe es schon ausgesprochen, ich verwerfe es nicht grundsätzlich, daß auch der Staat, die bürgerliche Gesellschaft das irdige thut, sich um das Wohl der Arbeiter kümmert; aber ich kann wohl dem am Boden Liegenden die Hand geben, den stübenden Arm reichen; aber aufstehen und gehen muß er selber. Ein großer Theil des Arbeiterstandes ist zu dieser Ueberzeugung gekommen, daß er wirtschaftliche Selbsthilfe anwenden muß; und von der allgemeineren Verbreitung dieser Erkenntniß erwartet ich die Herstellung des Friedens.

Ich beklage sehr, daß es zum Sozialtarifgesetz noch manchen Mühen; ich gestehe aber offen, wie vor 3 Jahren die Dinge lagen, würde ich für dasselbe gekimm haben als vorübergehende Maßregel, doch ich würde den Tag segnen, wo sich der Arbeiterstand soweit eingereicht hat in die Disciplin und unter das Gesetz, daß diese Maßregel wieder aufgehoben werden kann. Aber in dem Augenblick, wo die Frage an mich herantritt, würden nur Gründe der zwingendsten Art mich bewegen, von Neuem für eine Verlängerung des Gesetzes zu stimmen. Ich bin der Ansicht, daß es im Laufe der wenigen Jahre sich geboben muß, was wir an dem Gesetz haben.

Das ist mein Standpunkt, und von dem lasse ich mich keinen Zoll breit verrücken. —